

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Ende einer Ära – Rot-Grün in NRW gescheitert / Neuwahlen – Seite 4**
- **EU-Referendum in Frankreich: Kein Anlass zu Triumph – Seite 7**
- **Bürgermeister für den Frieden: Große Betroffenheit nach dem Scheitern der Atomwaffenkonferenz – Seite 12**
- **Stahlabschluss: Tarifpolitische Wende oder konjunkturbedingter Erfolg? – Seite 15**
- **„Berliner Industrie im Abseits? – Innovation statt Billiglohn!“ – Seite 18**

Ausgabe Nr. 11 am 2. Juni 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier allerLänder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
— ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation : Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

— zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Unvernünftig und inhuman – Gesetzentwurf für verschärfte Strafen gegen Heranwachsende

BR, 26.5. scc. Auf Antrag der Länder Bayern, Thüringen und Baden-Württemberg hat der Bundesrat einen Gesetzentwurf – „Entwurf eines Gesetzes zur Vermeidung von Rückfalltaten gefährlicher junger Gewalttäter“ – beim Deutschen Bundestag eingebracht, der auf eine Verschärfung der Strafmaßnahmen gegen Heranwachsende zielt. Danach sollen Heranwachsende, d.h. junge Menschen ab 18 und unter 21 Jahren, grundsätzlich nach Erwachsenenstrafrecht behandelt, die Anwendung von Jugendstrafrecht auf Ausnahmefälle begrenzt werden. Insbesondere ist beabsichtigt, dass bereits mit dem Urteil und nicht nur nachträglich Sicherungsverwahrung angeordnet werden kann. Eine nachträgliche Sicherungsverwahrung soll unter bestimmten Voraussetzungen auch gegen Jugendliche oder Heranwachsende, die nach Jugendstrafrecht zu mindestens fünf Jahren verurteilt worden sind, möglich werden. Für Heranwachsende, die nach Jugendstrafrecht verurteilt werden, soll die Höchststrafe von 10 auf 15 Jahre heraufgesetzt werden. Außerdem bezweckt der Gesetzentwurf die Verschärfung der Führungsaufsicht sowie der Strafen bei Verstoß gegen Weisungen.

Würde der Entwurf Gesetz, würde zukünftig nicht auf jede Möglichkeit, auf Kriminalität Heranwachsender differenziert zu antworten, vereitelt. Zu befürchten wäre, dass nächste Angriffe dem Jugendstrafrecht selbst gelten. Denn mit diesem CDU-Gesetzentwurf wird die Linie befestigt, die Verantwortung für abweichendes Verhalten und Kriminalität ausschließlich bei den Jugendlichen und Heranwachsenden zu suchen und sie wegzusperren, während andererseits die soziale Polarisierung und Desintegration immer mehr Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden die Zukunft verstellt.

Bundesagentur für Arbeit verstößt gegen Gesetz

www.paritaet.org, 20.5. alk. Der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPVV) wirft der Bundesagentur für Arbeit (BA) vor, die vorrangige Vermittlung junger Arbeitsloser in eine betriebliche Ausbildung offenbar aufgegeben zu haben. Der Verband fordert BA-Chef Frank-Jürgen Weise in einem Schreiben auf, eine Ausschreibung zu korrigieren, die gleichrangig die Vermittlung der Jugendlichen in Arbeit vorsieht. „Diese Gleichsetzung verstößt ganz klar gegen den gesetzlich normierten Ausbildungsvorrang für Jugendliche ohne Berufsabschluss“, sagte der Geschäftsführer

des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Werner Hesse. Gemäß Sozialgesetzbuch II (Paragraf 3 Abs. 2) habe eine Ausbildung Vorrang, um den Jugendlichen ein solides Fundament für ihre weitere berufliche Entwicklung zu geben.

Die Ausschreibung der BA, die in diesen Tagen herausgegangen sei, laufe darauf hinaus, dass Jugendliche die etwa wegen fehlender Ausbildungsplätze oder aufgrund ungenügender Ausbildungsbereife nicht unmittelbar in eine Ausbildung vermittelt werden könnten, in eine Beschäftigung gedrängt würden, um ihre Hilfesuchtigkeit möglichst zügig zu beenden, sagte Hesse. Die langfristige Perspektive werde dabei außer Acht gelassen.

Der DPVV fordert Weise auf, diese Ausschreibung zur Beauftragung Dritter mit der Vermittlung in Arbeit beziehungsweise Ausbildung umgehend zurückzuziehen.

Verteidigung des Folterverbots

Ngo-online, 20.5. alk. Mit einem „Aufruf zur Verteidigung des Folterverbots“ beziehen deutsche Verfassungsrechtler Position gegen Tendenzen, das absolute Folterverbot und die Unantastbarkeit der Menschenwürde zu relativieren. Anlass ist der „Tag des Grundgesetzes“ am 23. Mai. Die Stellungnahme geht auf eine Initiative von amnesty international (ai) Deutschland zurück. Die Verfassungsrechtler widersprechen darin den „Stimmen, die Folter in bestimmten Ausnahmesituationen zulassen wollen, um menschliches Leben zu retten“.

Sie wenden sich insbesondere gegen Versuche, die in Artikel 1 des Grundgesetzes festgeschriebene Unantastbarkeit der Menschenwürde einzuschränken. In der aktuellen juristischen Debatte findet sich die gefährliche Ansicht, dass Folter zur Lebensrettung mit der Unantastbarkeit der Würde vereinbar sei. Die Verfassungsrechtler erinnern daran, dass dieser Auffassung gewichtige verfassungsrechtliche Grundsätzen entgegenstehen. „Folter zerstört die Grundlagen des Staates. Sie muss deshalb auch in Ausnahmefällen verboten bleiben“, sagte der ai-Experte für Verfassungsfragen, Reinhard Marx.

Zu den 25 Unterzeichnern gehören der Präsident des Bundesverfassungsgerichts a.D. Ernst Benda; Ernst Denninger, emeritierter Professor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie der Universität Frankfurt/M.; der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts a. D. Ernst Gottfried Mahrenholz, der frühere Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig, der ehemalige Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Rudolf Bernhardt und der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht Bertold Sommer.

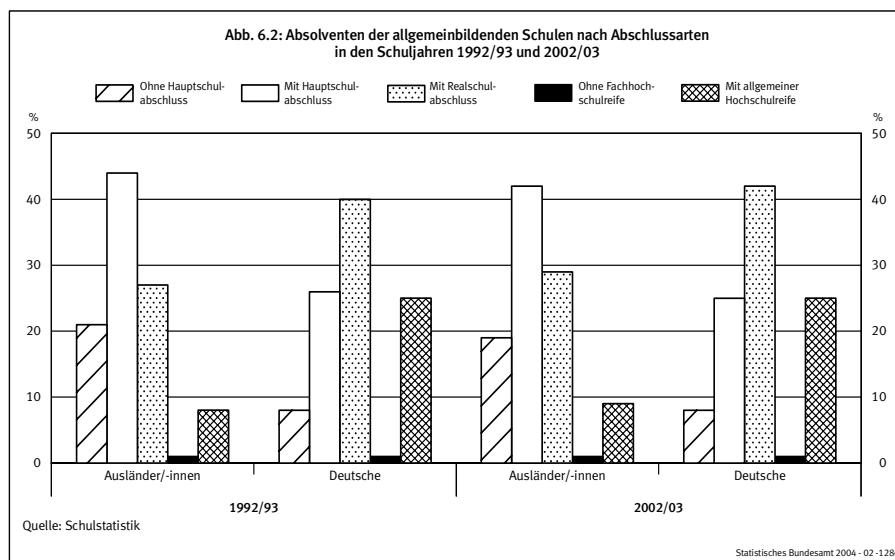
Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Klage gegen Kopftuchverbot in Hessen.

FR. 6.5.rst. Die Landesanwältin beim Staatsgerichtshof des Landes Hessen, Ute Sacksofsky, sieht in dem Gesetz zur Sicherung der staatlichen Neutralität einen Verstoß gegen die Landesverfassung und klagt dagegen vor dem hessischen Staatsgerichtshof. Das Verbot für hessische Beamte, das islamische Kopftuch im Dienst zu tragen, verstößt ihrer Ansicht nach gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau und gegen das Recht des freien Zugangs zum Staatsdienst. Sacksofsky weist darauf hin, dass das Tragen christlicher und jüdischer Symbole erlaubt bleibt und hält das für eine unzulässige Bevorzugung: „Es gibt in der hessischen Landesverfassung und im Grundgesetz keine privilegierte Religion. Alle sind gleich zu behandeln.“ Ferner verletzt das Verbot aus Sicht der Jura-Professorin Artikel 134, der den Zugang zu öffentlichen Ämtern nur von der Eignung und Befähigung abhängig macht. Frauen – nicht aber Männern – eines bestimmten Glaubens sei die freie Berufswahl verwehrt. Die Anwältin warf den Verfechtern des Gesetzes vor, das Kopftuch ausschließlich als Abzeichen eines aggressiv missionierenden Fundamentalismus zu interpretieren: „Keineswegs alle Trägerinnen verbinden damit eine werbende Absicht. Wie in jeder Religion gibt es strikte und weniger strikte Richtungen.“ Die Bedeutung des Kopftuches sei im Islam umstritten, deswegen könne der Staat nicht eine Auslegung für die einzige erklären. Die CDU-Landtagsfraktion erklärte diese Auffassung für irrig, die Opposition begrüßte die gerichtliche Klärung.

Große Koalition für ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, mehr als eine halbe Absage aus den USA

UN, 16.5.scc. Gemeinsam mit Brasilien, Indien und Japan hat jetzt die BR Deutschland einen Resolutionsentwurf für die UN-Generalversammlung vorgelegt, worin die Antragsteller ihren Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat im Rahmen einer Reform der UNO bekräftigen. Unter den Erwägungsgründen machen sie v.a. geltend, „dass die Mitgliedstaaten auf vielerlei Weise zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen können“ und „dass die Mitglieder des Sicherheitsrats unter gebührender Berücksichtigung der verschiedenen von ihnen geleisteten Beiträge zu diesem Zweck sowie ferner der ausgewogenen geografischen Verteilung, wie in Artikel 23 (1) der Charta festgestellt, und ihres nachweislichen Bekenntnisses zu den internationalen Normen und ihrer Einhaltung dieser Normen gewählt werden sollen.“



Das Statistische Bundesamt hat eine interessante Broschüre herausgebracht mit dem Titel „Strukturdaten und Integrationsindikatoren über die ausländische Bevölkerung in Deutschland 2003“. Das Amt schreibt zum Inhalt: „Mit der vorliegenden Veröffentlichung wird ein statistisches Gesamtbild über die ausländische Bevölkerung in Deutschland dargestellt. Die Daten beschreiben die Situation der ausländischen Bevölkerung in verschiedenen Lebensbereichen und vergleichen sie – soweit möglich – mit der Situation der deutschen Bevölkerung. Neben Daten zu demografischen und familiären Strukturen von Ausländerinnen und Ausländern finden sich auch Informationen über Zu- und Fortzüge, Wohnverhältnisse, Bildungs- und Ausbildungsstruktur, Erwerbstätigkeit, Sozialhilfe und Leistung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Schwerbehinderung, Straffälligkeit und Einbürgerung. Darüber hinaus werden Eckdaten zu verschiedenen Migrantengruppen wie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber dargestellt.“

Zur Illustration haben wir oben die Angaben zu der trostlosen Entwicklung des bundesdeutschen Schulwesens in den letzten zehn Jahren abgedruckt: die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss ist bei den ausländischen Kindern kaum zurückgegangen und etwa doppelt so hoch wie bei deutschen Kindern. Höhere Schulabschlüsse sind für Jugendliche ohne deutsche Pass nach wie vor weitgehend unzugänglich.

Eine weitere interessante Grafik findet sich in der Broschüre beim Kapitel Sozialhilfe, die deutlich die Mär von der „Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“ widerlegt. Danach war der Zuwachs von ausländischen Sozialhilfeempfängern mit Ausnahmen zweier Jahre deutlich geringer wie bei der deutschen Bevölkerung. Im gesamten Zeitraum von 1991 bis 2003 war die Zahl ausländischer Sozialhilfeempfänger um 10% angestiegen gegenüber + 50% bei Deutschen.

Die Broschüre kann entweder bestellt werden (sie kostet 14,50 Euro) oder als pdf-Datei kostenlos über das Internet geladen werden: www.destatis.de

Außerdem sei „den Realitäten in der heutigen Welt besser Rechnung zu tragen“. Kern des Antrags ist, die Zahl der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates um sechs zu erhöhen, und zwar: „I) zwei aus afrikanischen Staaten, II) zwei aus asiatischen Staaten, III) eines aus den lateinamerikanischen und karibischen Staaten, IV) eines aus den westeuropäischen und anderen Staaten“. Hatte die deutsche Regierung bisher angekündigt, man sei mit einem ständigen Sitz ohne Vetorecht einverstanden, heißt es im Resolutionsentwurf in punkto Veto: „5. (Die Generalversammlung) beschließt, dass die neuen ständigen Mitglieder dieselben Verantwortlichkeiten und Pflichten wie die derzeitigen ständigen Mitglieder haben sollen.“ Parallel zur Veröffentlichung des

Resolutionsentwurfs entsandte die rot-grüne Regierung den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Volker Rühe (CDU), zu Verhandlungen nach Washington. Denn insbesondere die deutschen Bestrebungen zu einer neuen Rolle in der Welt drohen am Widerstand aus aller Welt, auch und nicht zuletzt aus den USA zu scheitern. Kühl hatte die US-Außenministerin Rice am 5. Mai in der „Washington Post“ verlauten lassen, „dass es nur schwache logische Gründe dafür gibt, einem weiteren Mitglied der Europäischen Union einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu geben“. Demgegenüber unterstützen die US die Bewerbung Japans. Die Resolution soll während der nächsten Sitzungsperiode der Generalversammlung beraten werden.

Ende einer Ära – Rot-Grün in NRW gescheitert

Zwischen 7 und 10% lagen die Umfragen für Rot-Grün und Schwarz-Gelb in den letzten Wochen vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl auseinander. Auch wenn SPD-Ministerpräsident Peer Steinbrück deutlich vor CDU-Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers lag und die SPD ihren Wahlkampf gerade in den letzten Wochen noch stärker personalisierte, entspricht das Ergebnis ziemlich genau den Umfragen. Das erste Mal seit den 60er Jahren wurde die CDU bei einer nordrhein-westfälischen Landtagswahl mit 44,8% der Stimmen wieder stärkste Partei. Die SPD verlor ihr Stammeland mit 37,1% der Stimmen. Grüne und FDP liegen mit 6,2% der Stimmen fast gleichermaßen, wobei beide deutlich verloren. Die höhere Wahlbeteiligung schlug fast ausschließlich bei der CDU zu Buche, die absolut fast eine Million Stimmen hinzugewann.

Ganz so eindeutig, wie diese Zahlen aussehen, ist der Erfolg der CDU jedoch nicht. Die Ursache der Wahlniederlage der SPD ist – das zeigen Analysen – kaum in Wählerwanderungen zwischen den beiden Lagern zu sehen. Vielmehr ist es der SPD wie schon in den vergangenen Jahren nur unzureichend gelungen, ihr Wählerpotential zu mobilisieren. Unter Arbeitern und Erwerbslosen hat sie SPD mit 11% doppelt so stark verloren wie im Landesdurchschnitt.

SPD tritt Flucht an – nach vorn?

Neuwahlen

Die SPD hat aus dem Desaster der NRW-Wahlen, denen das Desaster der schleswig-holsteinischen Wahlen vorausgegangen war, Konsequenzen gezogen. Aber welche!

Richtig ist, dass die Union ihr Ziel einer Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat erreicht hat und damit die rot-grüne Bundesregierung lahm legen kann.

Aber die Art und Weise, wie die SPD reagierte, ist kaum als Versuch zu verstehen, diese Situation aufzubrechen. Denn selbst wenn sie, völlig unwahrscheinlich, so gestärkt aus den Wahlen hervorgeht, dass sie auch die nächste Bundesregierung führt, änderte das nichts daran, dass die unionsgeführten Länder über den Bundesrat fast alles abblocken können, was die Regierung auf den Weg bringen will.

Offensichtlich war die Ankündigung Münteferings und Schröders noch am Wahlabend, den Bundestag aufzulösen, um die Bundestagswahlen vorzuziehen, mit dem grünen Koalitionspartner nicht abgesprochen. „Die einsame Entschei-

Daran hat auch die stark deutsch gefärbte Kapitalismus-Schelte von SPD-Vorsitzendem Franz Müntefering nichts mehr ändern können. Viele ehemalige SPD-Wähler gingen jedoch ins Lager der Nichtwähler über, so dass es doch ziemlich vermasselt ist, wenn Rüttgers sich schon zum Vorsitzenden der neuen „Arbeiterpartei“ ausrief.

Auch bei den Grünen standen erhebliche Mobilisierungsprobleme im Vordergrund. Sie konnten ihr bisheriges Wählerpotential nicht annähernd ausschöpfen.

Mit der Wahlniederlage der SPD geht nicht nur in NRW eine Ära zu Ende, das zeigen die Reaktionen auf Bundesebene. Die SPD konnte in den 60er Jahren Mehrheiten als „soziales Gewissen“ erringen und war Jahrzehntelang der Garant für einen sozial abgeflederten Strukturwandel. Diese Position hat sie nicht spätestens mit Hartz IV verlassen, indem sie Langzeitarbeitslose mit der Losung „Fordern und Fördern“ massiv unter Druck setzte. Dass eine solche Politik bei Arbeitslosenquoten von bis zu 25 % im Ruhrgebiet keinerlei Aussicht auf Erfolg haben kann, liegt auf der Hand. Gerade im Ruhrgebiet, das von den Folgen des Strukturwandels weg von der Montanindustrie am stärksten betroffen ist, liegt die CDU nach wie vor deutlich unter dem Landesdurch-

schnitt. Gerade zum Ende des Wahlkampfes profitierte die CDU jedoch von einer Wechselstimmung, die es ihr ermöglichte, ihre eigenen Positionen relativ undeutlich zu formulieren. Das Argument, dass die CSU in Bayern deutlich länger als 39 Jahre an der Regierung beteiligt ist, konnte nichts mehr ausrichten. Beherrschendes Wahlkampfthema war die wirtschaftliche Lage. Die durch die Einbeziehung der erwerbsfähigen früheren Sozialhilfebezieher in die Arbeitslosenstatistik auf über eine Million Einwohner gestiegene Erwerbslosenzahl wurde direkt Rot-Grün angelastet.

Auch beim zweitwichtigsten Thema, der Bildung, konnte die SPD kaum punkten. Die CDU prangerte die Unterrichtsausfälle an und trat selbst für die Einstellung von Lehrern und die Entlastung der Lehrer von bürokratischen Aufgaben ein. Einer der ersten Schritte wird wahrscheinlich eine Verlängerung von Arbeitszeiten für Lehrer sein.

Schwarz-Gelb will Marktkräfte entfesseln

Es gibt keine Zweifel daran, dass die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und FDP schnell abgeschlossen werden. Schwarz-Gelb will schnell eigene Akzente setzen. Rüttgers hat zu diesem Zweck schon begonnen, die „soziale Marktwirtschaft“ Ludwig Er-

dung der SPD“, urteilt der Kommentator der *Financial Times Deutschland* am 24.5., spiegle nicht etwa die Rangordnung zwischen dem großen und dem kleinen Koalitionspartner wider, sondern „deutet auf eine Trennung hin: Am Sonntagabend ist in Berlin das rot-grüne Projekt endgültig zu Ende gegangen“.

Auf welche Weise genau Schröder die Auflösung des Bundestags erreichen will, will er erst verraten, wenn er dem Bundestag ankündigt, die Vertrauensfrage stellen zu wollen, also am 28./29. Juni. In den letzten Tagen bemühte sich die SPD-Spitze fast schon mit Gewalt, den Bruch mit den Grünen da zu ziehen, wo sie auf dem so genannten Job-Gipfel den Schulterschluss mit der CDU gefunden hatte, nämlich bei der Senkung der Unternehmenssteuern. Es sieht ganz danach aus, dass diese SPD noch versucht, die Grünen, die bei den NRW-Wahlen und in den Meinungsumfragen kräftig verlieren, mit einem kräftigen Tritt in Richtung Abgrund zu stoßen. Dazu passt, dass einige SPD-Politiker wie Gabriel die Grünen für die Misserfolge der Regierung alleinverantwortlich machen und andere, vor allem Münte-

fering, eine Große Koalition ins Spiel bringen.

Eine Mehrheit links von der Mitte, für die Rot-Grün in den 90er Jahren noch angetreten ist, ist lange verspielt. Der aller Voraussicht nach anstehende Regierungswechsel ist logische Folge der rot-grünen Politik. Mit der Orientierung auf die „neue Mitte“ hat die SPD den Zusammenhalt der Lohnarbeit mehr als nur beschädigt. Die Ausrichtung auf Menschen in gut bezahlten Beschäftigungen, die gute schulische oder akademische Beschäftigung voraussetzen, ging nicht nur mit der politisch-ideologischen Abgrenzung gegenüber dem Arbeiter- und kleinen Angestellten-Milieu einher, sondern auch mit einer Sozialgesetzgebung, die etwa dazu führte, dass Lohnabhängige, die Jahrzehntelang in die Sozialversicherung eingezahlt hatten, bei Verlust ihres Arbeitsplatzes nur einen Bruchteil des Arbeitslosengeldes erhalten, das sie bei Einzahlung hatten erwarten können. Die Hoffnung der SPD, dass sich die Konjunktur erholt und eine Art Aufschwung die Probleme des Arbeitsmarktes mindert und ihr die Wählerinnen und Wähler zurück in die Arme treibt, hat sich

Vorläufiges Ergebnis für das Land Nordrhein-Westfalen

Merkmal	Landtagswahl 22.05.2005		Landtagswahl 14.05.2000		Differenz in %-Punkten
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte insgesamt	13.239.170	100,0	13.061.265	100,0	
Wähler/-innen	8.334.561	63,0	7.409.399	56,7	+6,2
Gültige Stimmen	8.243.372	100,0	7.336.411	100,0	
davon					
CDU	3.695.806	44,8	2.712.176	37,0	+7,9
SPD	3.059.074	37,1	3.143.179	42,8	-5,7
GRÜNE	509.219	6,2	518.295	7,1	-0,9
FDP	508.354	6,2	721.558	9,8	-3,7
WASG	181.886	2,2	-	-	
NPD	73.959	0,9	2.357	0,0	+0,9
PDS	72.982	0,9	79.934	1,1	-0,2
REP	67.282	0,8	83.296	1,1	-0,3
Sonstige	72.536	0,9	75.616	1,0	-0,1

hards neu zu interpretieren. Nicht die soziale Abfederung des Marktes, sondern die Befreiung des Marktes von allen Fesseln sei gemeint. Sicher ist, dass die Situation z.B. für die Gewerkschaft ver.di, die im Arbeitskampf gegen eine Verlängerung der Arbeitszeiten für alle Landesbeschäftigte steht, nicht einfacher wird.

Die Einigung über drastische Einschnitte im Landshaushalt 2006 wird erklärtermaßen ein Schwerpunkt der neuen Koalition sein. Rüttgers hat unzweifelhaft angekündigt, dass er die Verschuldung des Landshaushalt am Rande des verfassungsmäßig Zulässigen beenden will. Viele Initiativen im Bereich der Migrations- und Flüchtlingspolitik, Frauenhäuser und Jugendprojekte, aber auch viele ökologische

Einrichtungen befürchten erhebliche finanzielle Streichungen. Insbesondere von der FDP wird der Bergbau-Kompromiss in Frage gestellt. Auch die CDU will das Ende der Subventionierung des Steinkohlebergbaus zumindest zeitlich beschleunigen. Zu erwarten sind die Einführung von Studiengebühren und rasche Schritte zum „Bürokratieabbau“. Rüttgers will im Landshaushalt bis zu 10.000 Stellen einsparen. Die Aufgaben der beiden Landschaftsverbände, des Regionalverbandes Ruhr und der fünf Regierungspräsidien sollen auf drei Bezirksregierungen in NRW verlagert werden.

Solche Maßnahmen sind auch in der Landespolitik in NRW Herausforderungen für eine linke Opposition. Der PDS-Landesvorstand hat deshalb nicht

nicht erfüllt, und sie scheint auch nicht mehr zu erwarten, dass sich bis Herbst 2006 die Situation noch ändert.

Aber kann die SPD ernsthaft auf eine Große Koalition spekulieren, in der sie den Juniorpartner abgibt? Das ist nicht sehr wahrscheinlich, schon deshalb nicht, weil eine Große Koalition wahlaristmetisch nur dann zum Thema wird, wenn entweder die FDP den Einzug nicht schafft oder die PDS, vielleicht im Bündnis mit der WASG, in den Bundestag einzieht. Dass Letzteres im Interesse der SPD-Spitze und von Schröder sein soll, der die letzte Bundestagswahl auf Kosten der PDS gewann, muss bezweifelt werden. Eher will man die linke Opposition schwächen.

Denn das fast schon putschartige Vorziehen der Bundestagswahl – sollte es dann klappen, am 1.7. mit der „Vertrauensfrage“ zu scheitern und den Bundespräsidenten zur Auflösung des Bundestages und Ansetzung von Neuwahlen zu bringen – bringt die PDS wie die WASG in Probleme. Der Vorstoß Oskar Lafontaines, sein Aufruf für ein Linksbündnis von PDS und WASG, für das er dann auch kandidieren wolle, löste einerseits einen enormen Erwar-

tungsdruck aus, der sich u.a. in zahllosen Aufrufen aus allen möglichen Milieus niederschlägt. Aber die Zeit, eine solide, tragfähige und die Interessen beider Parteien berücksichtigende Konstellation der Zusammenarbeit zu finden, ist außerordentlich knapp. Im Osten (außer in Berlin) verzeichnet die PDS zwar seit langem ansteigende Umfragewerte, aber das PDS-Wahlergebnis in NRW macht deutlich, dass es bei einer Konkurrenzkandidatur für die PDS sehr schwer wird, im Westen die Wahlergebnisse der letzten Bundestagswahl zu erreichen, und die haben bekanntlich nicht gereicht für den Wiedereinzug in den Bundestag. Erste Umfragen weisen ein verhältnismäßig großes Potenzial für ein Linksbündnis aus, sollte es zustande kommen. Aber die Wahlgesetze setzen der Zusammenarbeit von Parteien, wie die FAZ am 31.5. ausführte, recht enge Grenzen. Alle diese Probleme müssen unter enormem Zeitdruck bedacht und geklärt werden, von der Aufgabe ganz abgesehen, ein Programm für den Wahlkampf und die Arbeit einer Bundestagsfraktion zu erarbeiten, das soziale und solidarische Alternativen aufzeigt und sich nicht im

nur in Hinblick auf die Bundestagswahlen beschlossen, mit allen linken Kräften in NRW Gespräche zu führen, nicht nur mit der WASG.

Insgesamt haben die Kräfte links von SPD und Grünen zugelegt. Die WASG erhielt aus dem Stand 2,2 %, die PDS 0,9 %. Gerade für die PDS ist das Ergebnis aber bitter. Sie kandidierte in 116 der 128 Wahlkreise und verlor absolut und relativ gegenüber der letzten Landtagswahl. Trotz der rund 120 kommunalen Mandate und trotz fast flächendeckender Präsenz liegt das Ergebnis nur unwesentlich über dem der Landtagswahl von Schleswig-Holstein. Dabei verlor die PDS nicht nur an die WASG, angesichts des Lagerwahlkampfes zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün entschieden sich etliche Wähler taktisch für die SPD oder die Grünen.

Natürlich liegt auch die WASG weit unter ihrer großspurigen Ankündigung, die 5 %-Hürde zu „knacken“, und auch unter den internen Erwartungen, wenigstens mehr als 3 % zu erreichen. Das Ergebnis macht jedoch deutlich, dass es der PDS zumindest im Westen nicht gelungen ist, der organisatorische Bezugspunkt der Linken zu werden. Immerhin liegt sie trotz linker Konkurrenz noch deutlich über dem Ergebnis der Friedensliste, die 1985 63.000 Stimmen (0,7 %) erhielt. Und es ist auch der PDS gelungen, ihre Strukturen im Wahlkampf zu festigen und neue Basisgruppen zu bilden. Das wird für die weitere Entwicklung der Linken sowohl in NRW als auch auf Bundesebene wichtig sein. wof

Ruf nach staatlichen Umverteilungsmaßnahmen erschöpft.

Bei Redaktionsschluss sind die Verhandlungen zwischen PDS und WASG



Parteivorsitzender Bisky und Wahlkampfleiter Ramelow (links)

aufgenommen. Am Ende des ersten Verhandlungstages, am 30.5., erklärten die beiden Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Klaus Ernst: „Die Gespräche zwischen PDS und WASG zu einer möglichen Zusammenarbeit bei der Bundestagswahl 2005 werden im Laufe der Woche in Arbeitsgruppen fortgesetzt. Dabei geht es um die Klärung von Problemen im Zusammenhang mit dem Wahlrecht und dem Parteiengesetz. Die Gespräche sind ergebnisoffen.“ scc

PDS NRW geht optimistisch in den Bundestagswahlkampf

Dieser Wechsel hatte sich angekündigt. Die SPD NRW schien nach 39 Jahren Regierung verbraucht und diskreditiert. Vor allem: Die Sozialabbau-Politik der Bundesregierung, von der Landesregierung aktiv mitgetragen, hat die Wählerinnen und Wähler frustriert und erzürnt. Wie die Umfragen zeigen, wurde eher eine Regierung abgewählt als mit großen Hoffnungen eine neue Regierung installiert. Auch die nach wie vor hohe Zahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler belegt: Die Menschen haben wenig Zutrauen, dass die politischen Parteien die gegenwärtigen Probleme lösen können.

Der neue Ministerpräsident hat bereits angekündigt, dass seine Politik zu weiteren schmerzlichen Einschnitten für die Bevölkerung führen wird ...

Das PDS-Ergebnis kann uns wahrlich nicht befriedigen. 0,9 Prozent und 72.000 Stimmen sind gemessen an den Resultaten der Europawahl und der Kommunalwahl im letzten Jahr ein Rückschlag. Dass wir es bei Landtagswahlen im Westen besonders schwer haben, war uns sehr bewusst. Durch die hohe Hürde der Unterschriftensammlung waren wir in zwölf Wahlkreisen nicht wählbar. Nicht wenige Menschen empfanden den Vormarsch der CDU als bedrohlich. Sie wollten mit ihrer Stimme hier unmittelbar etwas bewirken – und nicht nur ein politisches Signal set-

zen. Für diejenigen, die ein Zeichen des Widerspruchs zur Politik des Sozialabbaus aussenden wollten, erschien die erstmals kandidierende Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit als aussichtsreicher Bewerber. Daher konnte die WASG sehr viel mehr Stimmen enttäuschter SPD-Wähler einsammeln als die PDS. Insgesamt blieb die WASG aber deutlich unter ihren Erwartungen. Sie ist weit davon entfernt, im Alleingang den Einzug in den nächsten Bundestag zu schaffen.

Für die PDS NRW besteht trotz des Wahlergebnisses kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken:

Die Landespartei hat mit dem Rückhalt der Gesamtpartei einen sehr engagierten und intensiven Wahlkampf geführt. Dies hat nicht zuletzt dazu geführt, dass wir in zahlreichen ländlichen Regionen zulegen konnten. Besonders hier konnte auch eine Reaktivierung bzw. Neugründung von Basisstrukturen erreicht werden.

Die Landtagswahl fand inmitten vielfältiger sozialer Auseinandersetzungen statt. Die Stahlkocher kämpften für höhere Löhne, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen unbezahlte Mehrarbeit, Belegschaften verschiedener Betriebe ringen um ihre Arbeitsplätze, Studierende demonstrieren gegen Studiengebühren. Die PDS war hier präsent und hat etwas dafür getan, dass sie künftig für mehr Menschen eine ver-



lässliche und gute Adresse wird, wenn es um Gegenwehr gegen Sozialabbau und um konkrete Reformalternativen geht.

Die PDS ist als wichtiger Faktor innerhalb des linken Spektrums des Landes nicht mehr wegzudenken – und dies ist gerade mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl, die für uns unter günstigeren Vorzeichen stehen wird, von nicht zu unterschätzender Bedeutung ...

Das Ergebnis der NRW-Wahl zeigt einmal mehr die große Schwäche der Linken hierzulande, die sich noch nicht als wirkungsvolle und plausible Alternative auf der parlamentarischen Ebene erwiesen konnte. Andererseits beweist NRW, dass es auch im Westen „links von der SPD“ ein wachsendes Wählerpotenzial gibt. Dies eröffnet die große Chance, mit einer gestärkten Linken in den nächsten Bundestag einzuziehen. Die PDS ist dabei dialog- und kooperationsbereit.

Stimmenzuwächse in etlichen Großstädten

NPD + REP jeweils unter 1%

Während im Jahr 2000 REP und NPD gemeinsam 85.653 Stimmen erhielten, sind es diesmal 141.241, die 0,8 und 0,9% sind also zwar wenig, aber die Tendenz der absoluten Stimmen steigend. Und sie liegt höher als bei der letzten Bundestagswahl, der EU-Wahl und der Kommunalwahl.

Trotzdem waren die Erwartungen im rechten Lager groß. Um Ausreden sind sie dann auch nicht verlegen. Der Bundesvorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, hat schnell den Schulden gefunden:

„Die Republikaner sehen die Hauptursache für ihre Niederlage bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen in massiven Behinderungen durch die Behörden und in der aufs Äußerste zu-

gespitzten Polarisierung auf einen Machtwechsel in Bund und Land.“

Die REP haben aber gegenüber der Landtagswahl 2000 an Stimmen (außer in Aachen I) verloren – vermutlich auch durch die Kandidatur der NPD, die zur LTW 2000 nur minimal antrat. Wo sie jetzt antrat, hatte sie im Schnitt durchaus 1% und hätte bei flächendeckender Kandidatur auch Wahlkampfkostenerstattung erreicht.

Dr. Freys (DVU) Nationalzeitung schreibt: „Selbstverständlich spiegelt das Ergebnis von NPD plus Rep in NRW nicht das wirkliche Rechtspotential wieder.“ Die NPD begrüßt die Neuwahlen. Der Parteivorsitzende Udo Voigt bereitet einen Wahlantritt unter der „Schirmherrschaft der NPD“ vor.

Die Neofaschisten haben aber ein Problem: Wenn die Republikaner nicht zum NPD/DVU-Bündnis dazu stoßen, haben sie bei den Bundestagswahlen keine Chance, zumindest einen Achtungserfolg zu erzielen.

Die „Junge Freiheit“: „Bereits wäh-

Höchste Ergebnisse	NPD	REP
Bochum III/Herne II	2,2	1,0
Duisburg III	2,2	1,4
Duisburg IV	1,9	1,6
Oberhausen I	1,8	1,1
Gelsenkirchen I	1,7	1,8
Gelsenkirchen II	1,7	2,2
Herne I	1,7	2,4
Kreis Aachen I	1,2	2,1

rend des Wahlkampfes zeigten sich erste Brüche in der vor einem halben Jahr ausgerufenen ‚Volksfront von rechts‘ ... Ob der heterogene Zusammenschluss also bis zu möglicherweise vorgezogenen Bundestagswahlen trotz dieser Rückschläge halten wird, erscheint ungewiss.“

NPD und DVU werden versuchen, in den neuen Bundesländern verstärkt Stimmen zu ergattern. Mit einer Schwerpunktsetzung auf die „Hochburgen“ wollen die beiden Parteien in den Bundestag einziehen, tönte Dr. Frey aus München.

jöd, u.b.

Kein Anlass zu Triumph

Deutliches Nein zum Verfassungsvertrag

Mit einer deutlichen Mehrheit von 54,87% hat, bei einer Wahlbeteiligung von knapp 70%, die französische Bevölkerung die EU-Verfassung abgelehnt. Für die Annahme stimmten knapp 12,7, dagegen gut 15,4 Millionen Wahlberechtigte. Zwischen den Départements und vor allem zwischen den ländlichen und großstädtischen Gebieten gibt es z.T. bedeutende Unterschiede im Abstimmungsverhalten. In der Metropole Paris stimmten mehr als 66% mit Ja, in sieben der zehn größten französischen Städte (außer in Paris in Lyon, Toulouse, Nantes, Straßburg, Bordeaux, Rennes) votierten die Wählerinnen und Wähler mehrheitlich mit Ja, in drei, Marseilles (hier sogar mit 61,17%), Nizza und Montpellier, mit Nein.

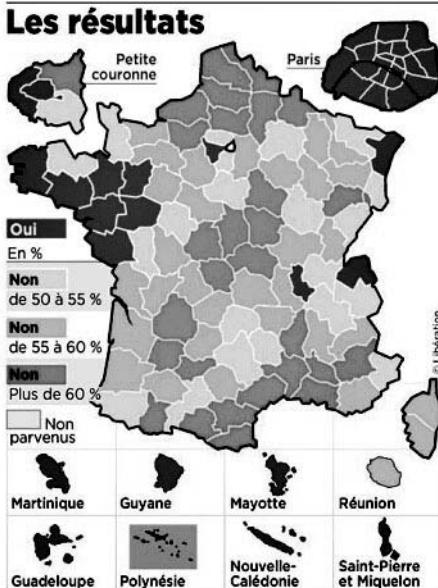
Auch andere Daten, soweit sich das am Tag nach dem Referendum schon mit ausreichender Sicherheit sagen lässt, sind aufschlussreich. Demnach haben rund 80% der Arbeiter, 60% der Angestellten und 60% der jungen Leute gegen die Verfassung gestimmt¹, mehrheitlich auch die Bauern.

Für „Nein“ hatten auf der einen Seite die extreme Rechte, auf der anderen vor allem die linken Strömungen der Sozialisten, die KPF, die trotzkistischen Organisationen, die linken Gewerkschaften CGT, FSU (Lehrer), Force Ouvrière, Organisationen wie attac und die Confédération paysanne (José Bové) geworben. Der in Frankreich lebende Journalist Bernhard Schmid vertritt in den Antifaschistischen Nachrichten², dass die extreme Rechte für das Abstimmungsergebnis nicht ausschlaggebend war; der Abstand zwischen dem „Nein“ und dem „Ja“ sei mit ungefähr 10% höher als die jüngsten Umfrageergebnisse des krisengeschüttelten Front National (ca. 9%). Auch andere Beobachter der in Frankreich außerordentlich breit geführten öffentlichen Debatte über den Verfassungsvertrag schreiben die Ablehnung weniger nationaltisch-chauvinistischen Ressentiments zu, auch nicht vorrangig dem Wunsch, der Regierung einen „Denkzettel“ zu verpassen, sondern vor allem den sozialen Ängsten und der Kritik insbesondere an den Bestimmungen des Verfassungsentwurfs, die von der Logik der ungehemmten Marktwirtschaft geprägt sind. Den Leitartikler der *Financial Times Deutschland* hat das Ergebnis des Referendums so beeindruckt, dass er die

Frage stellt, „ob Europa nicht einer anderen Politik und einer neuen Organisationsform bedarf, um die Zustimmung der Wähler in ganz Europa zurückzuerobern“.³

Die europäische Linke hat sich den Anforderungen eines neuen Internationalismus nicht gestellt

Hier jedoch deutet sich ein Problem an, das das von fast der gesamten europäischen Linken triumphierend als Sieg begrüßte französische „Nein“ aufwirft und das uns, wenn schon nicht bisher, so in der Zukunft beschäftigen muss. In Anbetracht auch der eingangs skizzieren Unterschiede in den Abstimmungsergebnissen kann man, bei aller Vorsicht, davon ausgehen, dass die Ablehnung des Verfassungsvertrags ihre Basis



zum einen in den sozialen Milieus hat, deren Existenz und deren Zukunft durch die Globalisierung, die Verschmelzung der nationalen Märkte zu regionalen oder Weltmärkten unsicher und prekär geworden ist bzw. zunehmend wird. Hier ist die Tendenz zur Verfestigung der nationalstaatlichen Regulierungsrechte, die auf Inlandsmärkten via Staat und Tarifvertrag bestehen, äußerst stark. Zum anderen dürfte eine erhebliche Rolle für große Zahl der Nein-Stimmen in den ländlichen Gebieten die Abhängigkeit von Fördermitteln der EU, insbesondere den Agrarsubventionen, gespielt haben. Das hatte sich bereits beim 1992er-Referendum über den Vertrag von Maastricht, mit dem die Gründung der EU beschlossen wurde, deutlich gezeigt. Bei einer knappen Mehrheit von 51% für den Vertrag war die Ablehnung in den französischen Regionen damals um so stärker gewesen, je mehr diese Einschnitte in den EU-Fördermitteln aufgrund des Maastricht-Vertrages zu erwarten hatten.⁴

Das alles spricht dafür, dass ein kom-

plexes Gemisch von sozialen Ängsten, Erweiterungsängsten, berechtigten Kritiken, nationalstaatlichen Abschottungstendenzen usw. zur mehrheitlichen Ablehnung geführt hat.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft und der Verflechtung der europäischen Wirtschaft stellt jedoch an emanzipatorische Bewegungen unwiderruflich die Anforderung, Kritiken und Forderungen zu entwickeln, deren Wirkungen auf andere Menschen, andere Länder, andere Regionen bedacht werden und vertretbar sind. Die europäische Linke ist in der Diskussion um den europäischen Verfassungsvertrag über die Floskel des „sozialen Europas“ nicht wesentlich hinausgekommen. Sie hat viel zu wenig im Blick, ihre Forderungen tatsächlich als internationale zu entwickeln.

Welche EU-weiten Regelungen und Gesetze sind denn nötig, um einerseits die Freizügigkeit auch für osteuropäische Arbeiter herzustellen, andererseits zu verhindern, dass der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen enorm steigt? Wie soll die aufholende Entwicklung in anderen EU-Ländern, vor allem den osteuropäischen, aber auch in den der EU benachbarten Ländern und Regionen durch die EU unterstützt werden? Wie sollen die noch krass unterschiedlichen Lebensbedingungen in den verschiedenen Regionen der EU nach oben angeglichen werden, und wie sollen die Mittel dafür aufgebracht werden?⁵ Welche EU-Institutionen sind nötig, wie sind demokratische Entscheidungen unter Wahrung der Rechte aller Mitgliedsländer herbeizuführen?

Oft wird argumentiert, dass mit Scheitern des Verfassungsvertrages die neoliberalen Politik, die durch ihn Verfassungsrang erhalten, delegitimiert wird. Mit dem Nein zur EU-Verfassung ist jedoch eben keine internationalistische soziale und solidarische Alternative verbunden gewesen oder auch nur andeutungsweise erkennbar geworden. Eine solche Alternative hätte sich womöglich auftun können, hätte die europäische Linke erstens früh Forderungen zur Verfassung erhoben und zweitens den dann vorgelegten Entwurf einer auf konkrete Änderungen abzielenden Kritik unterworfen. Hätte, könnte. Tatsache ist, dass das nicht passiert ist. Deshalb scheint mir bei der Abwägung der Argumente die Gefahr schwerer zu wiegen, dass die Linke in Europa, dass die sozialen und demokratischen Oppositionsbewegungen sich der Aufgabe eines neuen Internationalismus nicht stellen. Dass sie sich als Hort des Nationalstaates gebären und das weite Feld der wirtschaftlichen Prozesse und Beziehungen innerhalb der EU und weltweit, das Feld der EU-Institutionen und -Politiken den Nationalstaaten, dem Rat und der EU-Kommission auf der einen, den großen Kapitalgesellschaften auf der anderen Seite überlassen.

Einige absehbare Folgen

Es muss deshalb nicht überraschen, dass praktisch alle Regierungen der Mitgliedsländer und die EU-Kommission die Neuverhandlung des Verfassungsvertrages ausgeschlossen haben. Für denkbar wird beim gegenwärtigen Stand allenfalls die Wiederholung des Referendums gehalten unter der Bedingung, dass mindestens 20 der 25 Mitgliedsländer die Verfassung ratifiziert haben. Aber wenn diese Zeitung beim Leser angelangt ist, wird das Referendum in den Niederlanden stattgefunden haben. Umfragen sagen hier ein noch deutlicheres Nein vorher, ein Nein, dessen ausdrücklich rechte Tönung außerdem stärker sein wird als in Frankreich. Was aus dem Verfassungsvertrag und – wichtiger – aus der weiteren Entwicklung der europäischen Unionierung wird, wenn zwei EG/EU-Gründungsmitglieder nicht ratifiziert haben werden, ist nicht vorhersehbar.

Vorhersehbar ist aber, hier sind alle Ankündigungen eindeutig, dass die Erweiterung der EU auf wahrscheinlich lange Zeit vom Tisch ist. In ersten Stellungnahmen wurde bereits der schon vereinbarte und festgesetzte Beitritt Rumäniens (weniger Bulgariens) problematisiert. Die Balkanstaaten, heißt es, hätten ohne Verfassungsvertrag erst einmal keine Aussicht auf eine Beitragsperspektive. Das bedeutet, dass ihnen alle Folgen der EU-Politiken zugemutet werden, ohne dass sie auch nur geringste Mitspracherechte bekommen. Sie

verbleiben im Statut von De-facto-Kolonien der EU. Vor allem aber rückt der Türkei-Beitritt absehbar in weite, weiße Ferne. Kein CDU/CSU-Politiker, der sich am Tag nach dem französischen Referendum zum Ausgang äußerte und das nicht bekräftigte. Da dafür nicht die Verhältnisse in der Türkei entscheidend sind, sondern Gründe, die bei der EU liegen, heißt das, dass sich die EU kulturell abschottet und dass damit auch das interkulturelle Zusammenleben in der EU, insbesondere das Zusammenleben mit Menschen mit islamischem Hintergrund, in erheblichem Ausmaß Schaden nimmt.⁶

Am 16./17. Juni findet der nächste EU-Gipfel statt. Außer mit dem Stand des Ratifizierungsverfahrens wird er sich mit dem Finanzrahmen der EU für 2007 bis 2013 befassen. Hier kündigen sich überaus harte Konflikte an. Wird der Rahmen nicht deutlich ausgeweitet, werden erhebliche Gelder für die Entwicklung armer Regionen vor allem in Osteuropa nicht zur Verfügung stehen und werden andere Regionen z.B. in Spanien, deren aufholende Entwicklung bisher mit EU-Geldern gefördert wurde und die darauf auch weiter angewiesen sind, deutlich weniger erhalten. Die Neuwahlen in Deutschland und weit mehr noch der Ausgang des Referendums in Frankreich machen eine Einigung im Sinne der Ausgleichung der Entwicklungsunterschiede und der unterschiedlichen Lebensbedingungen in der EU sehr viel schwerer. *scc*

1 Standard, 30.5. Die Ergebnisse in den Städten, Departements und Regionen finden sich u.a. unter: www.libération.fr

2 Frankreich am Tag danach: Der Sieg des „Non“ beim Volksentscheid – welche Rolle spielte die extreme Rechte?, antifaschistische nachrichten 11-2005, S. 9f.

3 Pariser Donnerschlag, ftd, 30.5.

4 siehe unter: www.europaspiegel.de/index/artikel221/page89/1 Wie aussagekräftig ist ein Referendum?

5 Die Frage der Militarisierung der EU im Zusammenhang des Verfassungsvertrags wird hier nicht behandelt. Tatsache ist, dass die Militarisierung mit und ohne Verfassung enorm forciert wird, wie die Aufstellung der EU-Kampftruppen derzeit beweist, und es scheint nicht, dass das Scheitern der Verfassung diese Tendenz nicht behindern wird. Die Kritik der Militarisierung der EU und der nationalen Ausgaben für Rüstung und Interventionspolitik scheint in den Debatten um die Verfassung in Frankreich eine eher geringe Rolle gespielt zu haben. Dabei könnte gerade in dieser Auseinandersetzung die falsche Tendenz zum Rückzug auf den Nationalstaat gesprengt werden. Das Geld, das in Frankreich oder der BR Deutschland oder wo immer für die Interventionspolitik ausgegeben wird, könnte, für die Unterstützung von aufholenden Entwicklungsprozessen verwendet, in benachteiligen Regionen überall in der EU einen großen Schub bringen.

6 In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich noch einmal auf die überdurchschnittlich hohe Zahl der Nein-Stimmen in Marseille verwiesen, der zweitgrößten französischen Stadt mit hohem Anteil muslimischer Einwanderer aus Nordafrika, ein Ergebnis, das die Probleme des interkulturellen Zusammenlebens weiter verschärfen dürfte und das allein schon geeignet ist, jeden Triumph anlässlich des Ausgangs des Referendums zu ersticken.

•

Das französische Nein ist ein Pyrrhussieg für die Linken

Zum Nein Frankreichs beim Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag erklärt die PDS-Europaabgeordnete und ehemaliges Mitglied des Verfassungskonvents Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments:

Eine deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Frankreichs hat die Europäische Verfassung abgelehnt. Diese Entscheidung ist zweifellos ein schwerer Rückschlag für die europäische Integration. Die Hauptverantwortung für das Nein trägt die herrschende politische Klasse. Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und wachsende Zukunftsängste bestimmen das gesellschaftliche Leben in Frankreich wie in anderen EU-Staaten. Zugleich floriert das Kapital und europäische Multis verbuchen Superprofite – nicht zuletzt aufgrund Binnenmarkt, Währungsunion und EU-Erweiterung. Mit Recht empfinden viele Menschen in Frankreich, dass sie der Staat vor Globali-

sierung und Entgrenzung nicht schützt und dass auch im vereinten Europa Solidarität und Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben. Die Erweiterung nehmen sie als Bedrohung war. Von dieser Realität und der Arroganz ihrer Macht wurden die politischen Eliten jetzt eingeholt. Man nahm ihnen einfach nicht mehr ab, dass mit der EU-Verfassung ein sozialeres Europa möglich ist und die Union in die Lage versetzt werden kann, die Herausforderungen einer globalisierten Welt im Interesse der Menschen besser zu bewältigen.

Gesellschaftlichen Fortschritt in Europa hatten sich die Linken auf die Fahnen ihres Nein geschrieben. Doch als Konsequenz des Nein droht nun gesellschaftlicher Rückschritt. Die Linken bekommen genau das, was sie eigentlich nicht wollen, denn der wirtschaftsliberale Teil III der Verfassung, den sie vehement bekämpften, bleibt uneingeschränkt in Gestalt der geltenen EU-Verträge in Kraft. Auch weiterhin dominieren die Gesetze des Markts, und es ist nicht mehr auszuschließen, dass die EU zur bloßen Freihandelszone verkommt. Die politische Union rückt in weite Ferne. Darüber

hinaus wurde erreicht, dass die zahlreichen Fortschritte der Verfassung – wie die Fixierung der Union auf soziale Marktwirtschaft, Vollbeschäftigung und Frieden sowie eine demokratischere EU – ebenso auf dem Scheiterhaufen des Nein geopfert werden wie die Grundrechtecharta. Das Nein kann sogar den in Beton gegossenen Neoliberalismus und Marktradikalismus à la Maastricht und Nizza auf Jahre verhärteten, denn ein anderes, ein „sozialistisches Europa“ ist nicht in Sicht – ganz abgesehen davon, dass die Linken weder einen diskutierbaren Gegenentwurf noch realistische Wege zu seiner Ratifizierung aufgezeigt haben. Dieses Nein ist deshalb ein Pyrrhussieg für die Linken, an dem sich Neoliberale, Europagegner, Nationalisten und Neokonservative in den USA die Hände wärmen werden. Besonders all jene Linken in Frankreich und anderen EU-Staaten, die aus ihrem Streben nach einem Scheitern der europäischen Integration nie einen Hehl machten, haben sich eine schwere Bürde für die Zukunft auferlegt. Kein Ziel linker Politik wird ohne die Verfassung leichter zu erreichen sein.

Welttag gegen Kinderarbeit: 1 Million Kinder in Bergwerken

Im Zentrum des diesjährigen weltweiten Tages gegen Kinderarbeit am 12. Juni steht die Kinderarbeit in Bergwerken und Steinbrüchen. Nach Schätzungen der ILO müssen weltweit rund 250 Millionen Kinder arbeiten, davon rund 179 Millionen unter sehr schweren Bedingungen, etwa in privaten Haushalten oder auf Tabakplantagen. Rund 1 Million Kinder arbeiten in kleinen Bergwerken bzw. Steinbrüchen, unter unvorstellbaren Bedingungen, ständig bedroht, sich bei Explosionen oder Wassereinbrüchen schwer zu verletzen oder sich durch Einatmen von giftigem Staub gesundheitliche Schäden fürs Leben zuziehen. Oft arbeiten sie sogar unter Todesgefahr. Zudem sind ihre Arbeitszeiten unerträglich lang. Die ILO führt in mehreren Ländern Pilotprojekte durch, um auf die Abschaffung der Kinderarbeit unter gefährlichen Bedingungen hinzuwirken, Projekte, mit denen sie einerseits die Sicherheitsbedingungen verbessern und andererseits demonstrieren will, wie die Produktivität Erwachsener gehoben werden und zudem durch Schulen, sauberes Wasser, Abwasseranlagen usw. die Lebensbedingungen verbessert werden können. (Quelle: Ghanaian Chronicle, 24.5.)



Der spanische Nationale Gerichtshof in Madrid hat am 25.5. den Batasuna-Sprecher Arnaldo Otegi verhaften lassen. Er wird, ebenso wie ein weiterer Ex-Parlamentarier von Batasuna, Jon Salaberria, gegen den ein Internationaler Haftbefehl erging, beschuldigt, die „Volkstavernen“ unterstützt zu haben. Der berüchtigte Richter Garzon hatte diese Kneipen von Batasuna zeitweilig hatte schließen lassen, weil sie angeblich der „Geldwäsche“ und „Finanzierung der ETA“ dienten. Doch sind die Kneipen längst wieder geöffnet, weil der eingesetzte Finanzverwalter in den Büchern keine Anomalien hatte feststellen können. Baskische Politiker sehen die Verhaftung Otegis als Antwort auf einen Bombenanschlag der ETA in der letzten Woche, der großen Sachschaden angerichtet hatte. Die Sprecherin der baskischen Regionalregierung forderte schnelle Aufklärung, warum ein bedeutender Politiker inhaftiert wurde, und kritisierte, dass die Verhaftung ebenso wie der Anschlag dem Friedensprozess Schaden zufüge. Verschiedene Organisationen haben für den 4. Juni zu einer Großdemonstration aufgerufen. (Quelle: Ralf Streck, Indymedia; Bild: Demonstration zur Freilassung Otegis am 27.5. in Barcelona)

Seit sieben Monaten Streik bei Siemens Mailand

Hierzulande weitgehend unbekannt ist ein sehr harter und aufreibender Arbeitskampf in einem der beiden Mailänder Siemens-Werke. Es handelt sich um einen der längsten Streiks in der jüngeren Geschichte Italiens, bei dem seit sieben Monaten jeweils von 21 bis 2 Uhr gegen den Versuch der Betriebsleitung von Siemens Mobile di Cassina de' Pecci gestreikt wird, per Befehl eine Ausweitung der Nachschicht durchzusetzen. Am 4. Oktober hatte die Geschäftsleitung Nachtarbeit auch für Frauen angeordnet. Die Gewerkschaft stimmte dem Abkommen zur Ausdehnung der Nachschicht zunächst zu, unterzeichnete es dann aber nicht, weil die Beschäftigten es per Abstimmung abgelehnt hatten. Dennoch führte die Geschäftsleitung die 3. Schicht ein und zwang damit rund 120 Arbeiterinnen und Arbeiter – darunter ein Drittel Frauen – zur Nachtarbeit. Daraufhin beschlossene davon Betroffene, während der Nachschicht zu streiken, und das Tag für Tag. Für die Stunden des nächtlichen Streiks wurde eine Widerstandskasse eingerichtet, die von den Kolleginnen und Kollegen der Streikenden, aber auch von gewerkschaftlichen Organisationen, Beschäftigten anderer Betriebe und vieler solidarischer Menschen unterstützt wird. Ende April erklärte sich die Unternehmensleitung von Siemens Italia bei einem Spitzengespräch in Rom zu einer Har-

monisierung der Arbeitszeit in allen italienischen Siemens-Betrieben bei 37,3 Wochenstunden bereit – unter der Voraussetzung, dass es zu einer weiteren Flexibilisierung der Einführung von Sonderschichten u.ä. kommt. Dazu waren die Gewerkschaftsführungen zunächst nicht bereit. Das Ergebnis der weiteren Gespräche (19.5.) ist derzeit nicht bekannt. (Quelle: Antifa AG der Uni Hannover (<http://antifa.unihannover.tripod.com>)



Seit mehr als einem Jahr kämpfen die Beschäftigten eines Supermarktes in der kleinen Stadt Pilsen, USA, für den Aufbau einer Gewerkschaft und trotzen dabei den wütenden Attacken, Lohnkürzungen usw. der Geschäftsleitung. Jetzt wurde diese von einer Bundesbehörde verpflichtet, 30.000 \$ an Lohn nachzuzahlen. In der letzten Woche verübte ein Unbekannter einen Bombenanschlag auf den Gewerkschaftsbeauftragten. Hunderte versammelten sich daraufhin, um ihre Solidarität zu demonstrieren. (Bild: Indymedia Chicago)

HAMBURG. Über 1000 Menschen demonstrierten am 21.5. gegen die geplante Abschiebung von mindestens 5000 Menschen nach Afghanistan. Trotz vielfältiger Kritik von Flüchtlingsinitiativen, Hilfsorganisationen, aus Kirchenkreisen und Parteien bleibt der Senat bei seinem Vorhaben. Weil die ersten Abschiebungsversuche weitgehend scheiterten – mehrere Afghanen stellten kurzfristig Asylanträge –, sollen Asylanträge zukünftig gleich am Flughafen „geprüft“ werden. Die Verfahren würden so gestrafft, so der innenpolitische Sprecher der CDU, „dass wir das meiste direkt am Flughafen abräumen können“. Afghanistan sei sicher, betont Innensenator Nagel ungedacht entgegengesetzter Aussagen des afghanischen Flüchtlingsministers und ungeachtet dessen, dass derzeit fast täglich Menschen durch Bombenanschläge zu Tode kommen, auch in Kabul. scc



Warnstreiks in der Druckindustrie

KÖLN. „Liebe Leserinnen, liebe Leser, die Tarifauseinandersetzungen in der Druckindustrie haben gestern zu erheblichen Beeinträchtigungen in der Zeitungsproduktion geführt. Deshalb finden Sie heute ihre Zeitungsausgabe nicht in der gewohnten Form. Der Verlag bittet Sie dafür um Verständnis.“

Solche oder ähnlich formulierte Mitteilungen finden sich seit Beginn des Monats immer häufiger auf den Titelseiten der Tageszeitungen. Sie sind ein untrügliches Zeichen, dass wieder einmal die Belegschaft einer Druckerei ihrem Unmut über die Unternehmerpolitik Luft gemacht und gezeigt hat, wer eigentlich die Zeitungen herstellt. In Köln und Umgebung waren das in den letzten Wochen u.a. Kolleg(inn)en von M. Du-Mont Schauberg (wo Stadtanzeiger und Kölnische Rundschau gedruckt werden), Bauer-Druck Köln (Illustriertendruckerei), der Kölner Verlagsdruckerei, der Druckerei des Bonner Generalanzeigers und einiger kleinerer Betriebe.

Trotz der häufig nicht einfachen wirtschaftlichen Lage ist die Stimmung in den bestreikten Unternehmen gut: Bei MDS, wo bereits mehrfach die Arbeit, z.T. für mehrere Schichten, ruhte, wurden die Streikposten immer wieder gefragt, wann denn die Angestellten, die momentan noch nicht in den Streik einzogen sind, endlich ebenfalls vor die Tür geholt würden. Bei Bauer-Druck im Niehler Industriegebiet, einem Unternehmen mit einer traditionell kämpferischen Belegschaft, sollen ungefähr die Hälfte der fast 1000 Arbeitsplätze vernichtet werden – nicht die beste Voraus-

setzung für einen Arbeitskampf. Dennoch war die Beteiligung am Warnstreik so gut wie selten zuvor.

Der Unmut der Kolleg(inn)en richtet sich vor allem gegen die Absicht der Druckunternehmer, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich von 35 auf 40 Stunden zu verlängern. Nach Berechnungen der Gewerkschaft ver.di würde das für eine(n) Arbeiter(in) der Lohngruppe V einen Stundenlohnverlust von 1,87 Euro bedeuten; bei einem Angestellten



in Gehaltsgruppe 4/Stufe 3 beträfe der Verlust pro Stunde nach diesen Berechnungen 2,16 Euro. Außerdem soll nach dem Willen der Druckunternehmer der Samstag als Regelarbeitstag ohne Einschränkungen eingeführt werden, soll die Arbeitszeit durch kurzfristig mögliche An- und Absagen weiter flexibilisiert werden, sollen Antrittsgebühren eingefroren werden bzw. wegfallen. Der Katalog der Grausamkeiten wäre noch fast beliebig verlängerbar. Tri, LBK

Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit kritisiert Land Baden-Württemberg

MANNHEIM. Am 20. April hat der baden-württembergische Landtag das „Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit

Behinderungen“ verabschiedet. Das Gesetz sei „ein weiterer wichtiger Baustein um die Lebenssituation der Menschen mit Behinderungen zu verbessern“, so heißt es in einer Pressemitteilung des Sozialministeriums. Ganz anders sehen das Behindertenverbände, die trotz langer Vorberatungszeit ihre zentralen Forderungen in dem Gesetz nicht wiederfinden.

Auch die Mannheimer „Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit“ hatte allen Landtagsabgeordneten noch eine kurze Stellungnahme mit wichtigen Forderungen zum Gesetzentwurf zukommen lassen, um eventuelle Änderungen doch noch zu erreichen:

Gefordert wurde darin u.a. die gesetzliche Verpflichtung sowohl von Kommunen als auch vom Land zur Bestellung eines Behindertenbeauftragten mit Vorschlagsrecht von Behindertenorganisationen. Die Stelle einer/s Beauftragten sollte darüber hinaus unabhängig und finanziell adäquat ausgestattet sein sowie jährlich dem (Kommunal- bzw. Landes-) Parlament berichten.

Dolmetscher sollten nicht nur bei reinen Verwaltungsverfahren, sondern auch generell von öffentlichen Stellen zur Verfügung gestellt und finanziert werden.

Bemängelt wurde weiterhin, dass im Gesetzesentwurf nichts zur Integration behinderter Menschen in (Regel-) Kindergarten, (Regel-) Schulen und anderen öffentlichen Bildungseinrichtungen zu finden sei.

Das Klagerecht der Verbände ist darüber hinaus ausschließlich auf einen Verstoß gegen das Recht hör- und sprachbehinderter Menschen auf Verwendung der Gebärdensprache oder anderer Kommunikationshilfen, also auf nur ein Tatbestandsmerkmal begrenzt, nicht auf das Gesetz allgemein.

Eine Anhörung von Bertoffenenver-

bänden vor der Gesetzesverabschiebung wurde ebenfalls abgelehnt.

Im Sozialausschuss des Landtags wurden schließlich sämtliche entsprechenden Änderungsanträge der Oppositionsfaktionen mehrheitlich abgelehnt.

Von einem „Paradigmenwechsel“ in der Behindertenpolitik kann deshalb nicht gesprochen werden. Behindertenverbände haben die Hoffnung, dass nach einer „Überprüfung“ der Auswirkungen des jetzt beschlossenen Gesetzes das Gesetz erneut auf die Tagesordnung der Landespolitik kommen und dann auch auf die Stimmen der Betroffenen gehört werden wird.

KIM

Jobsucher-Ticket für Alg-II-Empfänger wird geprüft

ESSEN. Erfolgreich war der Antrag der PDS Ratsgruppe Essen, ein Jobsucher-Ticket für Alg-II-Empfänger einzuführen. Zwar bestand die PDS-Ratsgruppe auf Bitten von CDU und SPD in der Ratssitzung nicht auf Abstimmung. Beide befürchteten, dass die Stadt sonst Zahlungsverpflichtungen auf sich nehmen müsste. Sowohl der Aufsichtsratsvorsitzende der Essener Verkehrs AG (EVAG), Ratsherr Krause (CDU), als auch sein Stellvertreter Wolfgang Weber (SPD) begrüßten den Antrag jedoch in der Sitzung und sicherten zu, im EVAG-Aufsichtsrat und im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr entsprechend tätig zu werden.

Ziel des PDS-Antrages war es, insbesondere die Job-Suche, zu der die Alg-II-Bezieher/innen verpflichtet sind, zu ermöglichen. Im Regelsatz für Alg II sind nur 20,40 Euro pro Monat für Fahrtkosten vorgesehen, damit kommt man nicht weit. PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke hatte in der Debatte darauf hingewiesen, dass auch die Bezieher/innen von anderen Grundsicherungsleistungen in die Regelung einbezogen werden sollten.

Auch aus Dortmund gibt es eine Initiative für ein Jobsucher-Ticket. Dort hatten SPD und Grüne einen entsprechenden PDS-Antrag zunächst abgelehnt, eine Sitzung später aber in ähnlicher Form selbst eingebracht.

wof

„Soziales Kulturticket“ für ALG-II-Empfänger

Ein „soziales Kulturticket“ schlägt das Stuttgarter Bürgerprojekt AnStifter vor. Durch eine kluge Vernetzung der Vorverkaufsstellen von Kultureinrichtungen könne man ohne Probleme einen bestimmten Satz Restkarten nicht verkaufter Vorstellungen etwa an Hartz-IV-Empfänger abgeben, meint Peter Grohmann, Sprecher des Bürgerprojekts. Viele Hilfeempfänger seien seit den neuen Gesetzen schlechterdings nicht mehr in der Lage, die Eintritte zu

bezahlen. Grohmann glaubt nicht, dass so eine Praxis zu einem Run auf die etablierte Kultur führe. Aber immerhin ermögliche man interessierten und ausgenommen Menschen eine „Kulturteilnahme auf ohnedies alimentierten Plätzen“.

Solche Restkarten müssen in einem bestimmten Umfang einem Pool zur Verfügung gestellt werden, auf den die Betroffenen zugreifen können. Diese speziellen Karten müssen auch für die Hin- und Rückfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu den Kulturanbietern gelten.

Für Bedenkträger: Den kulturellen Rechenkünstlern ins Stammbuch: Der größere Teil sozial benachteiligter Menschen hat sich eher selten mit Schwanensee, Dirthyishes oder den Dresdner Weibern vergnügt. Das wird sich nicht groß ändern. Auch der Berber an sich macht vermutlich nur bei 20 Grad Minus von solchen Kulturangeboten Gebrauch. Die versteckte Furcht vor einer Überflutung deutscher Kultureinrichtungen wäre unbegründet. Die Initiative schlägt vor, die Abfrage solcher Tickets per Internet zu ermöglichen und eine Abholung auch bei Einrichtungen im Stadtteil einzurichten.

Deportation ClassOnline-Demonstranten vor Gericht

FRANKFURT. Im Juni 2001 protestierten über zehntausend Menschen mit einer Online-Demonstration gegen Abschiebungen mit Lufthansa-Maschinen. Am 14. Juni 2005 wird nun ein Mitglied der Initiative Libertad!, die zur Demonstration aufgerufen hatte, wegen Nötigung vor Gericht gestellt. Wir werden in und mit diesem Prozess die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit auch im Internet verteidigen. Wir nutzen deshalb diesen Prozess, um auf der Straße, online und im Gerichtssaal erneut gegen das Abschiebegeschäft der Luft-



hansa und anderer Fluggesellschaften zu protestieren. Und wir wehren uns gegen die Kriminalisierung von sozialen und politischen Online-Aktivismus. Dazu finden verschiedene Aktionen in Frankfurt statt, unter anderem am Prozesstag eine Kundgebung vor dem Amtsgericht. Die Initiative Libertad! Ruft auf mit Faxen an das Landgericht, Richterin Wild: 069-1367-6207 und an die Staatsanwaltschaft: 069-1367-2100 oder 069-1367-2967, oder per email verwaltung@sta-frankfurt.justiz.hessen.de zu protestieren.

www.libertad.de/online-demo, F-Info

Mieterbund warnt vor Ausverkauf von Wohnungen an Finanzinvestoren

Der Deutsche Mieterbund fordert einen Stopp bei der Veräußerung von Wohnungen an ausländische Finanzinvestoren. Die „Ausverkaufspolitik“ öffentlicher und auch privater Wohnungsgesellschaften an Kapitalgesellschaften, die hohe Renditen anstreben, führe mittelfristig zu einem Verlust an preiswerten Wohnungen, sagte Mieterbund-Präsidentin Anke Fuchs. Gewachsene Wohnstrukturen und das Zusammenleben von unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen seien dadurch bedroht.

Zudem würden Einflussmöglichkeiten auf die kommunalen Wohnungsmärkte verschwendet. Bund, Länder und Kommunen haben nach Angaben des Mieterbundes in den vergangenen fünf Jahren mehr als 600.000 Wohnungen an unterschiedliche Investoren verkauft. Bekanntestes Beispiel ist die Essener Wohnungsbau-Gesellschaft GAGFAH, die vergangenes Jahr von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) an die US-amerikanische Beteiligungsgesellschaft Fortress verkauft worden war. Den geplanten Börsengang der GAGFAH will der Mieterbund verhindern.

Städte seien nach wie vor der Wohnstandort Nummer Eins im Deutschland, sagte Fuchs. Hier seien „dauerhaft bezahlbare Wohnungen, attraktive Innenstadtgebiete und nachfragegerechte Wohnangebote“ erforderlich. Bund, Länder und Kommunen müssten die Konsequenzen daraus ziehen, dass die Gesellschaft „immer kleiner, älter und bunter“ werde. Einkommensschwächere Personen und Familien fänden in Großstädten kaum angemessene Wohnungen.

Derzeit gebe es nur noch rund 1,8 Millionen Sozialmietwohnungen in Deutschland. „Neue entstehen praktisch nicht mehr“, kritisierte Fuchs. Die Mieterbund-Präsidentin forderte erneut die Abschaffung der Eigenheimzulage. Mindestens ein Drittel der eingesparten Subventionen müsse in die Wohnungs- und Stadtentwicklungs politik fließen.

(ngo-online.de)

Große Betroffenheit nach dem Scheitern der Atomwaffenkonferenz

Wir hatten mehrfach von der internationalen Initiative „Bürgermeister für den Frieden“ (mayors for peace) berichtet, der sich bis zum 2. Mai auch Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte aus 240 Gemeinden der BRD angeschlossen haben, darunter immerhin auch die OBs von Großstädten, wie München, Frankfurt, Hannover und Stuttgart, sowie verschiedenster Parteirichtungen, auch aus der CDU (eine Liste ist abrufbar unter www.atomwaffenfrei.de/inhalt/mitgliedm4p.htm).

Die Bürgermeister hatten verlangt, dass die Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag einen Aktionsplan beschließen soll, der vorsieht, bis 2020 alle Atomwaffen abzuschaffen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, sich auf der Konferenz in diesem Sinne einzusetzen.

Nun ist die Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag in New York am 26. Mai gescheitert. Wir dokumentieren dazu einen Bericht „Atomwaffensperrvertrag in der Krise“ (Autorin: Julia Elvers) und eine Presseerklärung von „Abolition 2000“ (Globales Netzwerk für die Abschaffung aller Atomwaffen).

Der Bürgermeister von Hiroshima und Präsident der Bürgermeister für den Frieden macht in einem Offenen Brief an den Präsidenten der Konferenz schließlich einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen.

Atomwaffensperrvertrag in der Krise

Allein die Einigung auf eine gemeinsame Tagesordnung in New York dauerte fast zwei Wochen. Eine weitere Woche war nötig, bis sich das Plenum der 188 Vertragsstaaten auf die Besetzung der Arbeitsgremien einigen konnte. Für die eigentliche Arbeit zur Stärkung des Sperrvertrags blieben nur noch wenige Tage Zeit.

Das Durcheinander war abzusehen. Xanthe Hall von der Organisation „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW) berichtet, dass es in den letzten drei Jahren jeweils eine Konferenz gab, auf denen die Tagesordnung festgelegt werden sollte. Doch die Teilnehmer konnten sich nie einigen.

Xanthe Hall befürchtet, dass die Konferenz am Freitag (27.5.) ohne jegliche Einigung zu Ende gehen wird. Ein schlechtes Signal für die Abrüstungs-

expertin der IPPNW: „Das wird die Staaten, die die USA als Feinde bezeichnet haben, motivieren, Atomwaffen zu entwickeln, um sich vor den USA zu schützen.“

Eigentlich gilt der Atomwaffensperrvertrag als der erfolgreichste weltweite Abrüstungsvertrag. Fast alle Staaten der Welt gehören ihm an. Er verpflichtet die offiziellen Atommächte zur Abrüstung, untersagt allen anderen Ländern Nuklearwaffen und garantiert ihnen gleichzeitig die zivile Nutzung der Atomenergie.

Doch hier liegt auch die Crux: Während die Vereinigten Staaten fordern, die nuklearen Ambitionen Irans und Nordkorea scharf zu verurteilen, verlangen die blockfreien Staaten weiterhin konkrete Abrüstungsschritte der Atommächte USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China.

Xanthe Hall hält es für einen Fehler des Atomwaffensperrvertrags, allen Vertragspartnern den Zugang zu Technologien der Anreicherung und Wiederaufarbeitung zu versprechen. Ihrer Meinung nach besteht immer die Gefahr, dass ein Land, das Atomenergie nutzt, irgendwann auch Atombomben baut. „Japan hat genügend Plutonium, um Atomwaffen zu bauen und könnte sagen: ‚OK, wenn Nordkorea das macht, dann machen wir es auch‘“, sagt die Rüstungsexpertin.

Bei den letzten beiden UN-Konferenzen 1995 und 2000 hatten sich die Nuklearmächte noch zu konkreten Abrüstungsschritten verpflichtet. Doch seit dem 11. September 2001 spalten die Auslegung des Vertrages und der Umgang mit Nuklearmaterial die Weltgemeinschaft.

Washington fühlt sich seit den Terroranschlägen nicht mehr an alte Abrüstungs-Versprechen gebunden. (...)

Den USA ist vor allem der Iran ein Dorn im Auge. Der Iran beharrt darauf, dass die Uran-Anreicherung und Wiederaufarbeitung von nuklearem Brennstoff nach dem Atomwaffensperrvertrag sein gutes Recht seien. „Falls der Iran seine legitimen Rechte nicht nutzen kann, dann wird er diesen Vertrag auch nicht länger respektieren“, sagte der iranische Verhandlungsführer Hassan Rowhani in New York.

„Die Drohung mit dem Ausstieg gleicht der Absicht, Atomwaffen zu entwickeln“, sagt Xanthe Hall. „Die USA und Israel haben suggeriert, den Iran in diesem Falle anzugreifen.“ Angesichts dieser gefährlichen Entwicklung ist die

Rüstungsexpertin frustriert darüber, dass Atomenergie die Bevölkerungen nicht weiter aufrege. So sei die UN-Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag weitestgehend an der Weltöffentlichkeit vorbei gegangen.

Auszüge aus einem Beitrag der Deutschen Welle vom 27. Mai 2005 (Autorin: Julia Elvers) Quelle: <http://www.dw-world.de>

Das Imperium schlägt zu!

USA für Scheitern der Atomwaffenkonferenz verantwortlich

Globales Netzwerk für die Abschaffung aller Atomwaffen Abolition 2000

NEW YORK, 26. MAI 2005: Eine Koalition von mehr als 2000 Gruppen aus 90 Ländern beschuldigt die USA und andere Atomwaffenstaaten, dabei versagt zu haben, das globale Nichtverbreitungssystem in den vier Wochen der Atomwaffenkonferenz bei den UN zu stärken.

„Die Vereinigten Staaten hatten vier Wochen Zeit, um die internationale Führung beim Thema Nichtverbreitung zu übernehmen. Sie haben jedoch nur ein demokratisches Defizit aufgezeigt“, klagt Susi Snyder, Generalsekretärin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF). „Offensichtlich wollte die US-Delegation niemals den Vertrag stärken. Stattdessen hat sie vier Wochen lang hinter verschlossenen Türen sogar abgelehnt, jene Übereinkommen anzuerkennen, die sie vor fünf bzw. vor zehn Jahren getroffen hatten. Sie hat jegliche inhaltliche Diskussion blockiert, in dem sie um obskure Verfahrensmaßnahmen feilschte. Sie zeigte keine Kompromissbereitschaft und einen Widerwillen, das globale Nichtverbreitungssystem vorwärts zu bringen.“

„Es ist wie im Wilden Westen“, sagt Alice Slater, Mitbegründerin von Abolition 2000, dem globalen Netzwerk für einen Vertrag zur Abschaffung aller Atomwaffen. „Es herrscht eine totale Missachtung aller Rechtsgrundsätze. Die USA verleugnen einen Deal, den sie vor zehn Jahren gemacht haben. Sie hatten im Tausch gegen eine unbefristete Verlängerung des Vertrages u.a. versprochen, den Atomteststoppvertrag zu unterstützen. Dennoch will diese Administration nicht mal den Vertrag vor den Senat bringen, um über die Ratifizierung abzustimmen. In der Zwischenzeit praktiziert sie durch ihr massives Atom-

waffenarsenal in Höchstalarmbereitschaft und die Entwicklung neuer, kleiner und einsetzbarerer Atomwaffen zu dem Proliferation.“

„Es gibt ernsthafte Bedenken über die Verbreitung nuklearer Technologie. Es ist jedoch unmöglich, dies zu verhindern, während die Atomwaffenstaaten darauf bestehen, große Atomwaffenarsenale zu behalten“, bemerkt Alyn Ware von der Juristenvereinigung gegen Atomwaffen. „Das gleicht einem Elternteil, das seinem Kind das Rauchen verbietet, während er vor ihm eine Schachtel Zigaretten pafft. Das funktioniert nicht, und wir erwarten ein besseres Führungsbeispiel von den Weltmächten.“

„Wir glauben, dass Staaten moralisch und politisch verpflichtet sind, Atomwaffen abzuschaffen. Sie haben darüber hinaus eine rechtliche Verantwortung, das zu tun“, sagt Ware. Er zitiert die Ent-

Generation, eine atomwaffenfreie Welt verweigert. Wir wollen keine Welt erben, in der Atomwaffen unsere Sicherheit, unsere Umwelt und unser Leben bedrohen.“

Hilda Lini, Leiterin des Sekretariats für einen atomwaffenfreien und unabhängigen Pazifik, kündigt an, dass Nichtregierungsorganisationen (NGO) das Führungsvakuum ausfüllen würden, dass viele nationale Regierungen hinterlassen hätten.

„Egal welches Ergebnis diese Konferenz haben wird, es wird die Zivilgesellschaft nicht entmachten, jene Arbeit fortzuführen, die sie seit Jahrzehnten bereits macht“, fügt Lini aus. „Die Führungsrolle der Zivilgesellschaft wächst jeden Tag. Wir haben die Mehrheit der Weltbevölkerung für eine Abschaffung aller Atomwaffen hinter uns und vernetzen uns weiterhin, wie wir auch unsere Regierung auffordern, die Arbeit

Fortschritt zu erzielen, den sie alleine nicht erzielen konnten.“

Hiroshimas Bürgermeister sucht neue Wege für Abrüstung

Offener Brief an den Präsidenten der NVV-Überprüfungskonferenz

H.E. Mr. Sergio de Queiroz Duarte, Präsident der 7. Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages Konferenz-Sekretariat Vereinte Nationen 27. Mai 2005

Sehr geehrte Exzellenz, vielen Dank für den herzlichen Empfang der Delegation der „Bürgermeister für den Frieden“ auf der Überprüfungskonferenz. Mit getrennter Post schicke ich Ihnen die endgültige Liste der UnterzeichnerInnen der internationalen Erklärung der Bürgermeister. 208 andere Repräsentanten von Städten schlossen den 456 UnterzeichnerInnen an und drückten ihre Unterstützung der 2020 Vision Kampagne in anderer Form aus. Es mag Sie ebenfalls interessieren, dass die Zahl der Mitglieder der „Bürgermeister für den Frieden“ von unter 600 auf über 1000 angestiegen ist, seit unsere Kampagne im November 2003 initiiert wurde. Dieser Zulauf an Mitgliedern steigt stetig.

Ich hoffe, Sie verzeihen mir den Einsatz eines Offenen Briefes, um mit Ihnen und allen TeilnehmerInnen der Überprüfungskonferenz – ob TeilnehmerIn einer Regierungen oder von Nicht-Regierungsorganisationen – zu kommunizieren. Ich habe nicht den leisesten Zweifel daran, dass Sie und die große Mehrheit der TeilnehmerInnen jede erdenkbare Anstrengung unternommen haben, um ein bedeutsames Ergebnis zu erreichen. All jene, die sich in gutem Glauben angestrengt haben, haben meinen tiefsten Dank für eine – wie es scheint – undankbare Aufgabe.

Ich wünsche Ihnen Kraft und Inspiration, wenn Sie versuchen, eine Akzeptanz für eine Erklärung des Präsidenten bei der Konferenz zu erreichen. Aber ich bin sicher, Sie sind sich mit mir darin einig, dass die Erklärung des Konferenzpräsidenten kein Ersatz ist für eine sorgfältig beratenes und akzeptiertes Schlussdokument, wie das Schlussdokument der 2000- Überprüfungskonferenz. Als ein Veteran der Abrüstungskonferenz hatten Sie sicher keine Illusionen über die Tiefe der Krise, mit der die atomare Nichtverbreitungs- und Abrüstungsgesetzgebung konfrontiert sind. Es war unwahrscheinlich, dass Hindernisse, die in den letzten fünf Jahren in Genf nicht überwunden werden konnten, in vier Wochen in New York mit fast den gleichen Parteien zu lösen wären. Und um nach vorne zu schauen, wenn noch mehr auf dem Spiel stand und es



scheidung des Internationalen Gerichtshofes von 1996, dass die Androhung oder der Einsatz von Atomwaffen generell völkerrechtswidrig sei und die einstimmige Schlussfolgerung, dass Staaten rechtlich verpflichtet seien, die atomare Abrüstung zu vollenden. „Angesichts der fehlenden Umsetzung erörtern wir, ob wir vor Gericht gehen, um die Erfüllung dieser Verpflichtung zu erzwingen.“

„Es ist einfach, Iran, Ägypten oder andere für das Scheitern der Überprüfungskonferenz verantwortlich zu machen“, sagt Snyder. „Aber das wirft einige Fragen auf. Ägypten beispielsweise unterstrich sehr nachdrücklich die wichtige Rolle der Anerkennung vergangener Übereinkünfte und der Einbeziehung Israels in den Vertrag. Iran fordert immer wieder eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten. Beide Maßnahmen würden das Nichtverbreitungssystem stärken. Wenn die USA nicht mal bereit sind, diese Fragen zu diskutieren, dann sind sie es, die den Vertrag sabotieren.“

Die massive Anwesenheit von über 400 Jugendlichen in diesem Monat gebe die wachsende Sorge unter jungen Menschen über die von Atomwaffen ausgehenden Gefahr wider, so Sophie LeFeez, eine Jugendvertreterin aus der französischen Friedensbewegung.

„Wir haben uns hier die Zeugenaussagen der Opfer aus Hiroshima und Nagasaki gehört und gleichzeitig verspürten wir die Absicht einiger, diese Konferenz zum Scheitern zu bringen, sowie die Hilflosigkeit der Mehrheit das Scheitern zu verhindern“, so Lefeez. „Wir machen uns große Sorgen darüber, weil diese Generation uns, der nächsten

für die Eliminierung der Bedrohung der Atomwaffen aufzunehmen.“

„Im Hintergrund arbeiten NGOs mit den Delegationen an den notwendigen rechtlichen, technischen und politischen Komponenten für eine atomwaffenfreie Welt“, sagt Ware. „Wir haben beispielsweise den Entwurf einer Atomwaffenkonvention entwickelt, die die Möglichkeit einer schrittweisen Eliminierung der Atomwaffen unter strikter und effektiver Kontrolle zeigt. Wir arbeiten mit all jenen Staaten zusammen, die atomwaffenfreie Zonen betreffen und die sich zum ersten Mal kurz vor der Überprüfungskonferenz in Mexiko City trafen. Wir werden, wenn es sein muss, auch weiterhin mit ähnlich denkenden Staaten arbeiten, um gegebenenfalls außerhalb des NVV-Rahmens Fortschritte zu erzielen.“

Slater verweist auf andere „parallele Prozesse“, die zu internationalen Abrüstungsabkommen führen können, z.B. einem neuen Abolition 2000-Arbeitsausschuss, um Druck auf NATO-Mitglieder auszuüben, die die Stationierung von US-Atomwaffen in ihren Ländern abzulehnen. Ein gewisser Fortschritt wurde jüngst erzielt, als der belgische Senat beschloss, die NATO aufzufordern, Atomwaffen aus Belgien abzuziehen. „Die Nuklearmächte wissen Bescheid. Es bleibt nichts wie es war“, so Slater.

„NGOs können bedeutende Informationen und Wissen mit den Regierungen teilen“, schließt Lini. „Unser Wunsch ist es, dass die Regierungen der Atomwaffenstaaten enger mit den Kollegen und Kolleginnen in den akademischen, wissenschaftlichen und sozialen Gemeinschaften zusammenarbeiten, um den

trotzdem zu keiner Kooperation kam, welche Chance wird dann für die Abrüstungskonferenz bestehen, ihre Aufgabe nun zu erfüllen?

Sowohl in Genf als auch in New York, haben wir Länder gesehen, die die Arbeit zu äußerst wichtigen Aufgaben durch grobe Ausnutzung von Konsensregeln blockieren. Mit Verfahrensfragen kann eine kleine Zahl von Staaten der großen Mehrheit ihren Willen aufzwingen. In Anbetracht dessen, was für die Menschheit auf dem Spiel steht, ist das intolerabel. Dass ein solches Land dann den Spieß herumdreht und die multilateralen Institutionen als ineffektiv kritisiert, ist recht empörend. Wir müssen diejenigen, die sich auf diese Weise verhalten – mit den Worten von Präsident Abraham Lincoln warnen:

„Man kann das ganze Volk eine Zeit lang täuschen und man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen, aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen.“

Wir werden die Abrüstungskonferenz mit einem wachsamen Auge begleiten. Währenddessen, glauben wir, wäre es klug, ein alternatives Treffen vorzubereiten, das nicht von Verfahrensfragen gelähmt wird. Sie werden sich daran erinnern, dass ich in meinem Brief an die TeilnehmerInnen der Atlanta-Konsultationen II, erklärt habe, dass die Bürgermeister für den Frieden bereit sind, sich für sorgfältige Überlegungen über neue Wege zu engagieren, sollten die etablierten Gremien blockiert bleiben. Diese Aufgabe ist heute nötiger denn je. Nichts würde mich mehr freuen, der Welt in meiner Friedenserklärung zum 60. Jahrestag die Entwicklung einer realisierbaren Option zu verkünden. In jedem Fall werden die Bürgermeister für den Frieden Ratschlag von allen Menschen mit gutem Willen suchen, als wir uns vorwärts bewegen.

Die 2020-Vision und die Erklärung der „Bürgermeister für den Frieden“ rufen dazu auf, in diesem Jahr Verhandlungen zu beginnen. Das Fehlen einer positiven Vision, was mancherorts offensichtlich wurde, ist natürlich enttäuschend. Aber Enttäuschung ist nicht gleich Mutlosigkeit. Der Wille einer großen Mehrheit wird eine demokratische Entsprechung in unseren Städten, Ländern und der Welt finden. Wir fahren fort, dieses Jahr eine Entscheidung zu suchen, um die substantielle Arbeit an einem Programm für die vollständige Abschaffung von allen nuklearen Arsenalen in Gang zu bringen. Wir machen weiter, überzeugt, dass Lektionen gelernt worden sind und Taten folgen werden.

Danke Ihnen für die historische Aufgabe, die Sie mit Geduld und Ausdauer geschultert haben.

Respektvoll Tadatoshi Akiba, Bürgermeister von Hiroshima, Präsident der Bürgermeister für den Frieden

Zwangsumzug: HAMBURG. Die Hartz-IV-Behörde hat jetzt 250 Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) aufgefordert, sich bis spätestens Ende August eine neue Bleibe zu suchen. Bei den Betroffenen handele es sich um die zunächst „extremsten Fälle“, so ein Behördensprecher, „wo sich die Hilfebedürftigkeit daraus begründet, dass sie zu hohen Wohnkosten haben“. Alle anderen Empfänger von ALG II, deren Bruttokaltmiete die von Hartz vorgeschriebene Grenze weniger stark überschreitet, würden ab 1. Juli angeschrieben. Die GAL warnt, die Preisgrenze sei zu niedrig ange setzt. In Hamburg drohten darum „massenhafte Zwangsumzüge“.

Wer nach dem 1. Juli angeschrieben wird, dem gewährt die für Hartz zuständige Arbeitsgemeinschaft (Arge) eine Frist bis zum 1. Januar 2006. Wer dann keine billigere Bleibe oder einen Untermieter vorweisen kann, muss einen Teil der Miete vom ALG II be streiten, das gerade mal 345 Euro beträgt.

Wohnungen zum Hartz-Preis, warnt unterdessen der Verein „Mieter helfen Mieter“, gebe es in der Stadt „nur in sehr geringem Umfang“. Sogar bei Neubausozialwohnungen lägen die Einstiegsmieten höher. Allein im Osten, südlich der Elbe oder „an der Autobahn in Kirchdorf Süd“ fänden Neumieter noch Quartiere für sechs Euro den Quadratmeter. In vielen Stadtteilen müssten hingegen mindestens zwei Euro mehr berappt werden. Stützebeziehern bliebe da nur der Umzug an die Peripherie oder in eine der günstigeren Sozialwohnungen, „von denen es immer weniger gibt“.

Wie der Mieterverein moniert, hat die Sozialbehörde einen Richtwert für Sozialhilfeempfänger von 1998 übernommen, als sie die Hartz-Miete für Ein- und Zwei-Personenhaushalte festlegte. Auch der für Familien sei nur „leicht“ angepasst worden. Das gehe „an der Lebenswirklichkeit vollkommen vorbei, weil die Mieten weiter steigen und Wohnraum knapper werde“. Zur gleichen Zeit stellte der Vor standssprecher der LBS Bausparkasse Hamburg fest, Hamburg benötige bis 2020 rund 100 000 neue Wohnungen, sonst droht zumindest im Bereich mittlerer und niedriger Preise ein Mangel.

Quellen: TAZ/Welt 27.5.05

Anfrage zu „Arbeitsgelegenheiten“: FRANKFURT A.M. Zu einer diesbezüglichen Anfrage an den Magistrat erklärte die PDS-Fraktion im Römer: Es ist erklärtes Ziel des Sozialdezernats bis zum Jahresende 4000 sogenannte Arbeitsgelegenheiten gem. SGB II zu

schaffen. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten zur Verbesserung der beruflichen Integration von Langzeitarbeitslosen ist im Spektrum des Leistungsangebots der Arbeitsagentur nachrangig gegenüber der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt und anderen Qualifizierungssangeboten. Zurzeit ist die Arbeitsagentur in Frankfurt noch überwiegend mit der Zahlbarmachung der ALG II-Leistungen beschäftigt, Eingliederungs vereinbarungen wurden nach unseren Informationen bisher kaum abgeschlossen. Umso erstaunlicher ist das ständig wachsende Angebot an Arbeitsgelegenheiten. Art und Umfang des Einsatzes von 1,50 Euro-Arbeitskräften lassen fortgesetzte Verstöße gegen die Bestimmungen des SGB II vermuten. Diese Entwicklung ist besonders im Hinblick auf den Stellenabbau bei den Trägern der sozialen Arbeit alarmierend.

pds-im-roemer.de

Stadt und Krieg im 20. Jahrhundert: Das aktuelle Heft der Informationen zur modernen Stadtgeschichte beschäftigt sich im Themenschwerpunkt mit den Auswirkungen der Kriege des 20. Jahrhunderts auf die Städte und städtischen Gesellschaften. Der verantwortliche Herausgeber Marcus Funck ist wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Neuere Geschichte der Philipps-Universität Marburg. Funck benennt in seinem Leitartikel den „Urbizid“, das heißt die „systematische Zerstörung oder Vernichtung von Städten“ als ein wichtiges Kennzeichen des 20. Jahrhunderts.

Davide Deriu (London) rekonstruiert die teilweise aufwendigen Strategien der Verschleierung – Camouflage – von Städten gegen die feindlichen Luftwaffen im zweiten Weltkrieg. Jörg Ganzenmüller (Jena) zeigt die verschiedenen Phasen in der Belagerung Leningrads mit ihren zum Teil recht unterschiedlichen Problemen in der Stadt, und Malte Zierenberg (Berlin) streicht in seiner Untersuchung zu den Schwarzmärkten in Berlin 1939–1950 die Neubewertungen von Orten, Berufen oder Rollen und die Umkehrung zahlreicher Alltagsroutinen heraus. Stephen Graham (Durham) formuliert eine Analyse der zunehmenden Konzentration von Kriegshandlungen in und gegen Städte und ein engagiertes Plädoyer an die Stadtforschung, eine entschieden „kriegskritische“ Haltung einzunehmen. Die Leitrezeption von Winfried Mönch über das Buch „Brandstätten“ von Jörg Friedrich schließt den Themenschwerpunkt ab.

www.difu.de
Zusammenstellung: ulj

Tarifpolitische Wende oder konjunkturbedingter Erfolg?

Mit dem Abschluss von 3,5% (hochgerechnet auf 17 Monate = 2,47%) und der Einmalzahlung von 500 Euro hat die IG Metall in einer Branche mit hohem Organisationsgrad (ca. 80%) Durchsetzungsfähigkeit bewiesen. Offen ist die Beurteilung des Vorgangs, insbesondere die mögliche Signalwirkung auf andere Branchen.

Neben den reinen Zahlen kann die IG Metall für sich verbuchen, die Stahlbranche, die während der Stahlkrise in den 70er Jahren von der Metallindustrie abgehängt wurde, wieder an diese herangeführt zu haben. Die Urabstimmung war nicht nur ernst gemeint, sie hätte vor dem Hintergrund der Brachenkonjunktur und der nicht abreißen wollenden Gewinnmeldungen aus den Konzernen auch, anders als der Streik um die 35-Stunden-Woche im Osten, ein fruchtbare Umfeld in der öffentlichen Meinung gefunden. Die Warnstreikbeteiligungen waren durchweg sehr gut.

Kommentare der Wirtschaftspresse und Äußerungen der Arbeitgeberverbände zirkulieren um das übliche „erpresster Tarifabschluss“ / „gerade noch vertretbar“ und die Frage einer möglichen Signalwirkung für anstehende Tarifauseinandersetzungen in anderen Branchen. Der zu ziehende Schluss aus der Frage, ob steigende Gewinne in einer Branche auch Ansprüche der Beschäftigten rechtfertigen, wird gleich mitgeliefert und ist die eigentliche Botschaft. „... die Gewerkschaften müssen eine differenzierte Tarifpolitik betreiben – am besten orientiert an den Erträgen einzelner Unternehmen.“ (HB, 12.5.2005) Von der Frage, ob Branchenkonjunkturen hohe Tarifabschlüsse rechtfertigen, wird also die Frage des Entscheidungskriteriums direkt auf die einzelunternehmerische Ebene runtergebrochen.

Die Kommentare aus den Reihen der IG Metall geben ihrerseits eine völlig andere Botschaft aus. Jürgen Peters wird mit den Worten zitiert, die Jahre des Verzichts seien vorbei, und der Verhandlungsführer und Bezirksleiter in NRW, Detlef Wetzel, urteilt, „die IG Metall habe eine Trendwende in der Tarifpolitik eingeleitet“ (HB, 12.5.2005). In der FAZ vom 23. Mai 2005 wagt sich Peters noch einen Schritt weiter. Zwar stehe jeder Abschluss erst einmal für sich, „aber gleichzeitig gilt in allen Tarifrunden: Wer als erster den Nagel in die Wand schlägt, präjudiziert damit die anderen.“ Die IG Metall Vertreter wiederholen hier die alte Figur der ge-

werkschaftlichen tarifpolitischen Logik, die davon ausgeht, Abschlüsse in den durchsetzungssstarken Kernbranchen setzen die Margen, an denen sich andere Bereiche der Lohnarbeit orientieren.

Zwei Momente von Relevanz für die gewerkschaftliche Tarifpolitik werden dabei übersehen oder ausgeblendet. Zum einen sind zwischen den Branchen Disparitäten entstanden, die zwar nicht durch Tarifabschlüsse behoben werden können, die aber ihrerseits nicht ohne Wirkung auf Rahmenbedingungen und Abschlüsse bleiben. Und zum anderen gibt es Verschiebungen in der Wirkung einzelner Tarifverträge. Orientierungs-

stehenden Anlagen. Thyssen-Krupp wird trotz des Booms seine Mengen in 2005 aufgrund des teuren Euro verursachter Importsteigerungen in Europa reduzieren. „Für uns gilt Preis vor Menge, kommentierte Thyssen-Krupp-Vorstand Jost Massenberg die Produktionskürzung. Bereits 2003 war es den europäischen Stahlherstellern gelungen, mit einer Verknappung des Angebots eine vorübergehende Nachfrageschwäche aufzufangen.“ (HB, 25.4.2005) Auch Arcelor kürzt erneut seine Produktion vor dem Hintergrund großer Lagerbestände im Handel, dem starken Euro und steigender Importe. (HB, 4.5.2005)

Daraus ergeben sich direkt Probleme für andere Branchen, die höhere Rohstoffpreise nicht einfach an Kunden weitergeben können. Am 21.4. vermeldet das Handelsblatt, der weltgrößte Hersteller von Haushaltsgeräten, Electrolux aus Schweden, werde aufgrund der hohen Stahlpreise vier Kühlshrankwerke in Italien, Spanien und Schweden schließen. Auch im Kabel-



marken werden heute kaum noch durch erfolgreiche Abschlüsse wie den in der Stahlindustrie gesetzt, sondern prekäre Beschäftigung forciert die Erosion der Tarifbindung und von den unteren Tarifniveaus und den Rändern der Lohnarbeit geht ein Sog auf die hohen Tarifniveaus aus.

Branchen mit Konjunktur und Branchen unter Druck

Die Stahlbranche ist hoch konzentriert und hat den Boom in keiner Weise mit Kapazitätserweiterungen beantwortet. Eine Ausweitung ist auch nicht geplant. Strategie ist, durch Preissteigerungen die Order auf Niveau zu halten. Bei der Dillinger Hütte beispielsweise ist im Geschäftsjahr 2004 ein „Umsatzzuwachs von 27% auf den Rekordwert von 1,5 Milliarden Euro“ (FAZ, 11.5.2004) zu verzeichnen, abgewickelt mit den be-

sektor wird über die Unmöglichkeit geklagt, gestiegene Rohstoffpreise (Kupfer, Öl) an die Kunden weitergeben zu können. Die Branche ist seit geraumer Zeit im Umbruch, der Großteil der Technologie ist marktnah installiert und vor allem in den Segmenten der Massenware bestehen in den europäischen Ländern Überkapazitäten.

Diese Disparitäten zwischen einzelnen Branchen und Branchenkonjunkturen kann gewerkschaftliche Tarifpolitik nicht kompensieren. Aber sie wirken als Einflussgröße direkt auf die Meinungsbildung in der Mitgliedschaft und die Verhandlungssituation mit den Arbeitgeberverbänden zurück.

Absicherung von unten

Die Auslegung von Jürgen Peters, der erster Nagel präjudizierte, ist ähnlich vollmundig wie seine kürzlich gemach-

te Einlassung, die IG Metall sei in Sachen Tarifflucht auf einen möglichen Häuserkampf gut eingestellt. Das mag ein für die Öffentlichkeit bestimmtes Signal sein. Aber mit besonderer Aufmerksamkeit werden solche Wortmeldungen dann ja doch vom Fachpublikum wahrgenommen. Von den Arbeitgebern, denen man eine Kenntnis der verschiedenen für eine Tarifauseinandersetzung relevanten Faktoren unterstellen kann, sowie von den Mitgliedschaft und dem Funktionärskörper, die entsprechende Erwartungen bezüglich eines Tarifabschlusses ausbilden oder auch fürchten. Von Funktionsträgern aus krisengeschüttelten Betrieben, in denen in jüngster Zeit Sondertarife abgeschlossen wurden, sind denn auch schon Befürchtungen laut geworden, der Abschluss bei Stahl wecke Erwartungen für die Metallindustrie, die nicht durchsetzbar sind.

Die von den Arbeitgebern geforderte Verbetrieblichung der Tarifpolitik ist in den Metallbranchen tatsächlich auch schon ein praktisch wirkendes Phänomen und wird durch die Disparitäten in den verschiedenen Branchen verstärkt. Dem Abschluss eine Signalwirkung zuzuschreiben, dürfte eine echte Fehleinschätzung sein, die auf der alten Vorstellung der Standard setzenden Kernsektoren beruht.

Aussichtsreicher wäre in der aktuellen Lage eher eine Verständigung in und zwischen den einzelnen Gewerkschaften darüber, die Schutzfunktion der Tarifverträge nach unten zu reaktivieren und zu aktualisieren. Nach oben hin können günstige Faktoren immer genutzt werden – das hat Stahl gezeigt. Der allgemeine Druck auf die tariflichen Löhne wird jedoch unten abgefangen.

Derzeit ist die IG Metall beispielsweise in den meisten Bereichen des Handwerks nicht mehr tariffähig. Dort organisationspolitische Handlungsfähigkeit aufzubauen dürfe von größter Bedeutung sein. Dies bedeutet aber zum Beispiel Kapazitäten auf die Betreuung der Leiharbeitsbeschäftigten zu lenken. Die beiden Tarifverträge für die Leiharbeitsbranche, die trotz aller Schwierigkeiten, wie etwa der Vermittlung zwischen sehr verschiedenen Branchen, mit ihren Löhnen von 6,85 bzw. 7,00 Euro in der Eingangsstufe Mindeststandards nach unten setzen, könnten dabei einen wichtigen Bezugspunkt auch zwischen den Branchen und Sektoren bilden. Mehr noch, sie wären auch eine ernst gemeinte (durchsetzungsfähige) Marke für die Mindestlohn-debatte, in der die Gewerkschaften nach wie vor keine abgestimmte mobilisierungsfähige Strategie haben. Am Ende könnte ein durchgesetzter Mindestlohn sich auch als wichtiger Eckpfeiler gegen die weitere Verbetrieblichung der Tarifpolitik erweisen.

rog

Die neuen Entgeltrahmentarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie

Verbesserungen und Risiken

In sechs von bundesweit sieben Bezirken haben die Tarifvertragsparteien der Metall- und Elektroindustrie die Tarifverhandlungen über die Entgeltrahmenverträge (ERA) abgeschlossen. Als weiterer und damit letzter Bezirk wird Bayern dem Vernehmen nach im Juni folgen.

Das ERA-Projekt hat eine lange Vorgeschichte. Seit nunmehr 30 Jahren diskutiert und betreibt die IG Metall ein tarifpolitisches Reformprojekt zur Angleichung von Arbeitern und Angestellten sowie zur Modernisierung tariflicher Rahmenregelungen.¹ Es versteht sich von selbst, dass über die Jahre bzw. Jahrzehnte hinweg das Thema „ERA“ in den innerorganisatorischen Debatten unterschiedliche Phasen oder auch Konjunkturen durchlaufen hat (...). So haben wir in den späten 80er und frühen 90er Jahren eine intensive Diskussion mit hoher Ausstrahlungskraft um die „Tarifreform 2000“ geführt, die dann aber durch die Zwänge des deutsch-deutschen Einigungsprozesses und die Angriffe auf die Tarifautonomie recht bald wieder versandete.
(...) Erst als die IG Metall den „unumkehrbaren Einstieg in ERA“ in ihre tarifpolitische Mobilisierung einschloss (2002, d. A.), konnte ein erster bedeuter Durchbruch erzielt werden.² (Armin Schild, bis Feb. 2005 Leiter des Funktionsbereiches Tarifpolitik der IG Metall, in WSI Mitteilungen 2/2004)

Eckpunkte

Die wesentlichen Neuregelungen, die die „ERA-Welt“ tariftechnisch bzw. entgeltpolitisch prägen, sind folgende:

- Einführung einer einheitlichen Entgelttabelle für Arbeiter und Angestellte (Entgelttarifvertrag);
- Vereinheitlichung der Eingruppierungskriterien zwischen bislang separat geregelter Beschäftigtengruppen (Entgeltrahmentarifvertrag);
- Schaffung von tariflichen Zwischenstufen;
- teilweise Ausweitung der Regelung von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten bei Einstufung und Eingruppierung;
- Neuregelung der Entgeltgrundsätze (und damit auch der Leistungsentgeltbestimmungen) und Tarifierung eines sogenannten Zieltentgels;
- Entkopplung von Grundentgeltdifferenzierung und Belastungsabgeltung;
- Neugestaltung des Verhältnisses von Grundentgelten und variablen Einkommensbestandteilen;

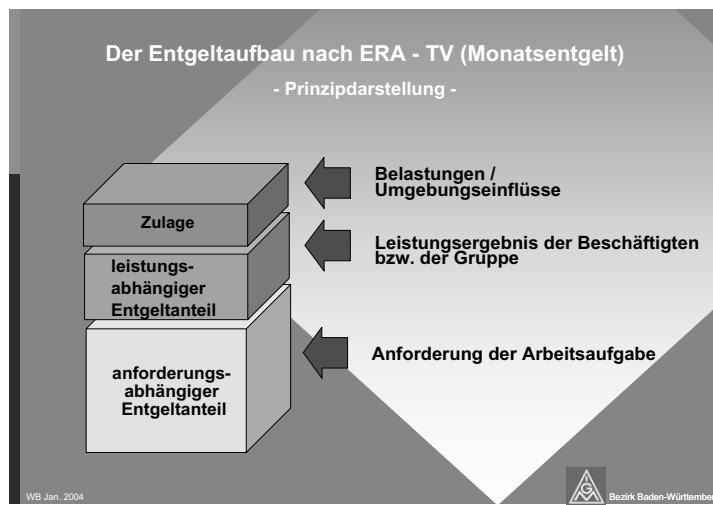
- Überleitungsbestimmungen und Zeitpläne;
- Finanzierung und betrieblicher ERA-Fond;
- Besitzstandsregelungen.

Grundentgeldifferenzierung

Auch in Zukunft gilt in allen Tarifgebieten für die Arbeitsbewertung der so genannte Anforderungsbezug oder auch Tätigkeitsbezug. Die Differenzierung zwischen den Entgeltgruppen richtet sich folglich nach den aus der übertragenen Arbeitsaufgabe resultierenden sachlichen Anforderungen und nicht etwa nach den von Beschäftigten vorgehaltenen Qualifikationen. Eine neue Qualität für die betriebliche Eingruppierungspraxis ergibt sich nunmehr aus einer ganzheitlichen Betrachtung der Anforderungen bei der Bewertung der Arbeit. Auf diese Weise kann gerade Vielseitigkeit und Flexibilität im Arbeitseinsatz besser bewertet werden als dies mit der traditionellen Betrachtung der „überwiegenden Tätigkeit“ der Fall war.

Bei den Bewertungsverfahren sind zukünftig mit dem Stufenwertzahlverfahren und summarischen Modellen zwei unterschiedliche Systeme vereinbart worden: Das in Stuttgart und NRW eingeführte Stufenwertzahlverfahren bzw. Punktbewertungsverfahren steht in der Traditionslinie einer analytischen Arbeitsbewertung und bewertet bzw. bepunktet einzelne Kriterien im Vergleich mit vereinbarten tariflichen Niveaubeispielen. Die summarischen Systeme arbeiten mit tariflich definierten Entgeltgruppentexten, die die abgeforderte Qualifikation, den Grad der Selbständigkeit oder die erforderliche Verantwortung beschreiben.

Im Gegensatz zu vielen herkömmlichen Eingruppierungssystemen sind Belastungen und/oder Umgebungseinflüsse in keinem Entgeltrahmentarifvertrag mehr eingruppierungsrelevant. Stattdessen werden Belastungen durch ein eigenständiges Zulagensystem abgegolten. Neu ist auch, dass in fast allen Systemen eine weitere Binnendifferenzierung innerhalb der Entgeltgruppen vereinbart wurde. Eine Stufensystematik honoriert zusätzliche Anforderungen (z.B. Erfahrung, Flexibilität, Verantwortung, Kooperation), die sich aus der Arbeitsaufgabe ergeben, aber noch keine Höhergruppierung rechtfertigen. Zwei Effekte sollen erzielt werden: dem Umstand Rechnung tragen, dass in der betrieblichen Praxis sogenannte (tarifwidrige) Zwischenlohngruppen und ein



Darstellung
des Zustande-
kommens des
Monatsentgelts
in einer Schu-
lungsunterlage
der IG Metall
Baden-Würt-
temberg.

Geflecht von übertariflichen Zulagen etabliert sind, die auf diesem Wege tariflich „eingefangen“ werden können. Zum zweiten würde die Hürde für eine individuelle Einkommenssteigerung wegen der kleineren Entgeltsprünge in der Praxis wohl niedriger sein.

Entgeltgrundsätze (Zeit- und Leistungs- entgelt)

Zentrales tarifpolitisches Motiv für die Neugestaltung der Entgeltgrundsätze (heute: Akkord / Prämie und Zeitlohn / Gehalt) lag und liegt für die IG Metall in einer verbesserten Regulierung der Arbeits- und Leistungsbedingungen. Das Arbeits- und Tarifrecht kennt keine qualifizierten Mitbestimmungsrechte über Leistungspensen und/oder Personalbemessung außerhalb der Leistungsentlohnung (Akkord / Prämie). Und wenn man bedenkt, dass etwa 75 % der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie im leistungspolitisch nicht reguliertem Entlohnungsgrund- satz Zeitlohn/Gehalt arbeiten, wird deutlich, dass es sich nicht um ein „Randgruppenproblem“ handelt. So- mit ist die innere Ausgestaltung der Entgeltgrundsätze nicht nur für Ver- dienstchancen von zentraler Bedeu- tung, sondern auch für die Einfluss- möglichkeiten von Interessenver- vertretung und Beschäftigten auf die betrieb- lichen Leistungsbedingungen entschei- dend. Gerade in Zeiten wachsender Ar- beitsetze und steigender Leistungs- verdichtung, in denen mit dem geflü- gelten Wort vom „Arbeiten ohne Ende“ die Arbeits- und Leistungsbedingungen gerade im Zeitlohn- und Angestellten- bereich treffend charakterisiert werden, sind nach übereinstimmender Auffas- sung in der IG Metall verbesserte tarif- liche Regelungen notwendiger denn je.

Fragt man nach den bedeutenden Eckpunkten in den letztlich vereinbar- ten Neuregelungen zu den Entgelt- grundsätzen, so lässt sich jenseits bezirklicher Spezifik und Detailfragen Folgendes festhalten:

Allein durch das Zusammenführen von Lohnrahmenregelungen und Ge-

haltsrahmenbestimmungen wird für Angestelltenbereiche eine bislang be- stehende Hürde übersprungen. Zukünf- tig sind auch hier Formen des Leis- tungsentgeltes zulässig, wodurch quali- fizierte Mitbestimmungs- und Beteili- gungsrechte in Fragen der Leistungsge- staltung in bislang unregulierten Berei- chen geschaffen worden sind.

Die Umsetzung von Era

Mit der Unterschrift der Tarifvertrags- parteien unter neue Rahmenverträge ist das ERA-Projekt keineswegs abge- schlossen. Vielmehr beginnt mit der be- trieblichen Umsetzung eine zweite Pha- se, in der sich letztlich entscheiden wird, ob die neuen Regelungen zu einer qua- litativen Weiterentwicklung bei der Ge- staltung moderner Industriearbeit füh- ren und ob auch die materiell-verteil- lungspolitische Bilanz für die Beschäf- tigten positiv ausfällt. So müssen etwa mit der ERA-Einführung in den Betrie- ben alle Arbeiten einer neuen Einstu- fung, also einer Anforderungsermitt- lung mit Arbeitsbeschreibung usw., un- terzogen werden; ein Prozess der nicht ohne Risiko ist, treffen doch tra- ditionell betrieblich gewachsene Ent- geltbegründungen und erreichte Besitz- stände auf ein neues Regelwerk. Ab- gruppiierungen und Statusverluste sind für einzelne Beschäftigte oder Beschäf- tigtengruppen nicht auszuschließen und müssen trotz einer Regelung zur Be- sitzstandswahrung politisch bewältigt werden. *wog*

1) Vgl. Wagner, H, Arbeitsentgelt im Spannungs- feld betrieblicher und gesellschaftlicher Verän- derung, Köln 1992. – Die Wurzeln der Entgeltre- formdebatte lassen sich sogar noch weiter zu- rückverfolgen: So gab es bereits in den 50er und 60er Jahren grundlegende Kritik an den über- kommenen Formulierungen der Lohnabkommen, die ihre Wurzeln noch im Faschismus hätten.

2) Nachdem ein Durchbruch in Baden-Württemberg erzielt werden konnte, wurden in den Ver- handlungsergebnissen der Bezirke Einführungs- zeitpunkt, Finanzierung, Eckentgelte (die 100%- Gruppe für Anforderungen auf dem Niveau einer abgeschlossenen Berufsausbildung) und z.T. auch bereits die Entgeltlinie (Zahl der Entgeltgruppen und Geldbeträge) vereinbart.

Lärmschutz verteuert Tickets. – HB, Fr./Sa., 20./21.5. Die Arbeits- gemeinschaft deutscher Verkehrs- flughäfen (ADV) erwartet Mehrkosten von bis zu 750 Mio. Euro in den näch- sten zehn Jahren aufgrund der streng-eren Lärmgrenzwerte für zivile Flughä- fen, auf die sich Umweltminister J. Trit- tin und Verkehrsminister M. Stolpe einigten. Der Frankfurter Flughafenbe- treiber Fraport kündigte an, die Mehr- kosten für die zusätzlichen Auflagen an die Fluggesellschaften und damit an die Passagiere weiter geben zu wollen.

Wirtschaft sehr skeptisch bezüglich Re- gierungswchsel. – HB, Di., 24.5. „Wir brauchen ein klares Votum für weitere und schnellere Reformen“, so BDI-Prä- sident J. Thumann. Die Arbeitgeberver- bände äußern sich jedoch nicht positiv zu einem politischen Wechsel in der Re- gierung. Bei der CDU werde eine klare Positionierung zu der Rolle der Groß- unternehmen in Deutschland vermisst. Vielen Konzernmanagern sei in den letzten Jahren klar geworden, dass sie bei Schröder und Clement besser auf- gehoben seien als in der CDU. Auch die mittelständische Wirtschaft – wie der Maschinenbau – ist vorsichtig. „Bei ei- nem Lagerwahlkampf mit anschließen- dem Linksruck werde diese Industrie Deutschland den Rücken kehren“, droht der Branchenverband VDMA. B. Gottschalk, Präsident des Automobil- verbandes VDA warnte vor der Fortfüh- rung der Kapitalismusdebatte: „Deutschland braucht neue Arbeits- plätze, aber keine Systemdiskussion.“ Diese Position wird auch vom Banken- verband unterstützt. Der Handel hofft auf eine Signalwirkung durch vorgezo- gene Wahlen. Diese Richtungsentschei- dung könne die „nötige Aufbruchstim- mung erzeugen, damit Deutschland wieder nach vorn kommt“, sagte HDE- Präsident H. Franzen.

Verlängerung der KKW-Restlaufzeiten als CDU-Wahlgeschenk. – CDU-Chefin A. Merkel hat den Energieversorgern für den Fall eines Wahlsieges der Union angeboten, die Restlaufzeiten ihrer Atom- kraftwerke über den im Atomkonsens vereinbarten Zeitraum hinaus auszu- dehnen. Die Union werde es den Ener- gieerzeugern überlassen, die Kraftwerke so lange zu betreiben, wie dies tech- nisch möglich sei. Der Verband der Elek- trizitätswirtschaft (VDEW) warnte da- vor, zu hohe Erwartungen in eine CDU- geführte Bundesregierung zu knüpfen. Die Unternehmen hoffen auf eine zügi- ge Verabschiedung des neuen Energie- wirtschaftsgesetzes, das Planungssi- cherheit für milliardenschwere Investi- tionen in die Modernisierung der Koh- lekraftwerke gibt. Sie befürchten, dass CDU und FDP das Gesetzgebungsver- fahren aus wahlaktischen Gründen hinauszögern. *Presseauswertung: rst*

„Berliner Industrie im Abseits? – Innovation statt Billiglohn!“

Anfang März haben DGB und IG Metall in Berlin eine Initiative gestartet, um einen Politik- und Mentalitätswchsel in der Stadt im Umgang mit dem Thema industrielle Beschäftigung zu erreichen.

Industriebau ohne Ende?

Zum Hintergrund: Berlin hat derzeit (nach Zahlen des Statistischen Landesamtes, ohne Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten) noch etwa 100.000 Beschäftigte in der verarbeitenden Industrie. Das sind bei einer Bevölkerung von etwa 3,4 Millionen Menschen etwa 30 Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe je 1.000 Einwohner. Hamburg hat etwa doppelt so viele Beschäftigte je 1.000 Einwohner im verarbeitenden Gewerbe, Bayern dreimal so viel, Baden-Württemberg viermal so viel. Der „Industriebesatz“ Berlins liegt – auch untypisch für Ballungsräume – damit niedriger als im Bundesdurchschnitt, sogar niedriger als in ostdeutschen Flächenländern.

Die Beschäftigung im Metall- und Elektrobereich, dem Kern des verarbeitenden Gewerbes in der Stadt, ist seit 1991 auf ein Fünftel gefallen – im Westteil von etwa 150.000 Beschäftigten auf heute 46.000, im Ostteil von etwa 120.000 auf heute 9.000. Zusammen sind damit im M+E-Bereich in Berlin heute nur noch 55.000 Menschen beschäftigt, nur wenig mehr, als der Senat in diesem Jahr gemeinsam mit der Regionaldirektion für Arbeit 1-Euro-Jobs schaffen will.

Zum Vergleich: Hamburg hat allein im zivilen Flugzeugbau, also Lufthansa-Technik plus Airbus plus Zulieferer, etwa 30.000 Beschäftigte. Selbst eine Stadt wie Frankfurt/Main, gemeinhin als Banken- und Dienstleistungszentrum eingestuft, hat in ihrem Stadtgebiet mehr Industrie als das von der Bevölkerungszahl her mehr als fünfmal so große Berlin.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin steigt infolge dieses industriellen Niedergangs seit Jahren, derzeit liegt sie bei ca. 20 Prozent. Etwa 450.000 Menschen, 13%

oder fast ein Siebtel der Bevölkerung, leben von ALG II.

Das reale Bruttoinlandprodukt ist in den letzten zehn Jahren in Berlin nicht gestiegen, sondern gefallen.

Falsche Leitbilder: „Wissens- und Dienstleistungsmetropole“

Trotzdem haben die Berliner Politik – und auch große Teile der Verwaltung, der Verbände und Medien – lange Zeit ein Bild von „es geht aufwärts in der Hauptstadt“ und „uns geht's doch Gold!“ verbreitet. Mit Verweis auf ständig neue „Events“ wie die inzwischen verendete Love-Parade oder die vielen Filmpremieren, auf wachsende Touristenzahlen und auf die nicht geringen Mittel, die in den Neubau des Regierungsviertels, die Wohnraum-Modernisierung im Osten und in die Modernisierung von Bahn und S-Bahn flossen, wurde ein Bild des für den Einzelnen vielleicht schweren, aber im Großen und Ganzen unaufhaltsamen Fortschritts gemalt. Berlin sei auf dem Weg zur „Dienstleistungs- und Wissensmetropole“, hieß es, irgendwann werde das auch auf dem Arbeitsmarkt den Trend umkehren und die Arbeitslosigkeit senken.

Seit der Pleite der Berliner Landes-

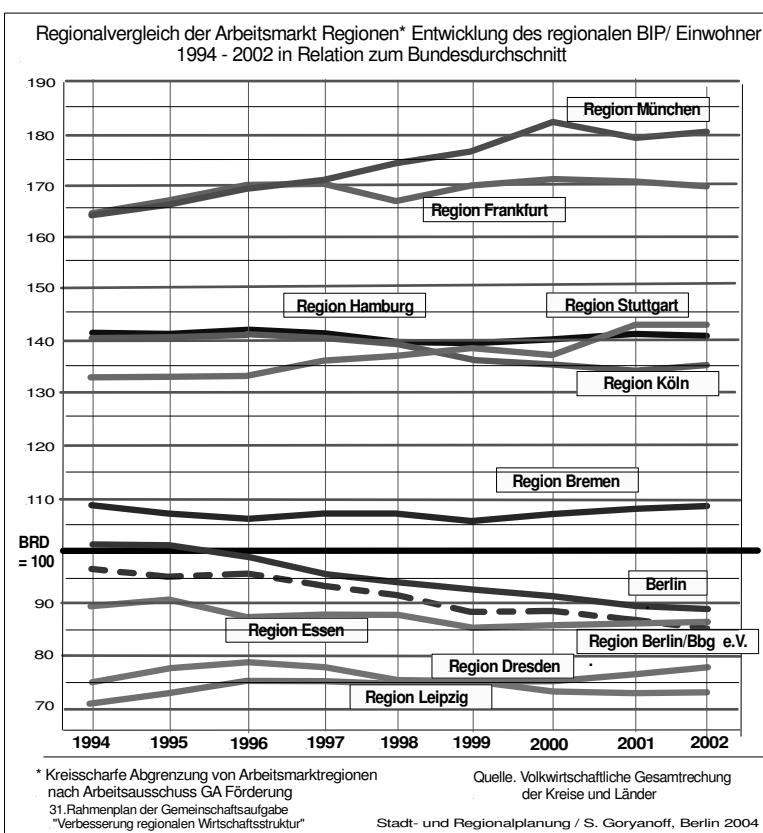
bank und dem dadurch ausgelösten Abtritt des Diepgen-Landowsky-Senats ist diese Stimmung dahin. An seine Stelle ist ein rigoroser Sparkurs des neuen, rot-roten Senats getreten, der kaum noch Perspektiven für die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Stadt erkennen lässt.

Dass Berlin auf dem Weg zur „Dienstleistungsmetropole“, zur „Stadt des Wissens“ sein soll, kann kaum jemand noch hören, geschweige denn glauben. Bei Umfragen, welcher Partei man eine Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Stadt zutraue, sind die Ergebnisse für alle Parteien regelmäßig schlecht bis furchtbarlich. Auf der anderen Seite ist den meisten Menschen klar, dass soziale Sicherheit ohne funktionierende Wirtschaft auf Dauer nicht zu haben ist, dass beispielsweise jeder Protest gegen Sozialabbau irgendwann scheitert, wenn die wirtschaftliche Basis der Stadt weiter schrumpft.

Industriepolitik ist Beschäftigungspolitik

Die Initiative der Gewerkschaften zielt deshalb darauf, eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik des Landes Berlin zu erreichen – weg von der Fiktion einer „postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft“, hin zu einer aktiven Industriepolitik, die sich der seit Jahren anhaltenden Erosion der industriellen Basis entgegen stemmt und den ständig weitergehenden Abbau von Arbeitsplätzen in diesem Bereich nicht mehr tapferlos hinnimmt, sondern dagegen auftritt.

Dabei geht es auch um den Einsatz nicht geringerer Mittel. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen (Senator ist Harald Wolf, PDS) gibt pro Jahr etwa 200 Millionen Euro für Wirtschaftsförderung und die Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur aus – Letzteres angefangen von Kanalisations- und Verkehrswegebau bis hin zu Berufsschulen und anderen Einrichtungen der beruflichen Erstausbildung. Nur etwa ein Drit-



tel der Mittel stammen vom Land. Der Rest kommt von der EU (EU-Strukturfonds, EFRE, oder Sozialfonds, ESF) oder vom Bund („GA“-Mittel, GA = „Gemeinschaftsaufgabe – regionale Wirtschaftsförderung“). Ein Großteil sind Zuschüsse zu Investitionen, wobei kleine und mittlere Unternehmen (KMU, bis 250 Beschäftigte) prozentual mehr Förderung erhalten als große.

GA-Mittel sind auch aus gewerkschaftlicher Perspektive interessant, da sie mit der Auflage verbunden sind, die geförderten Arbeitsplätze mindestens fünf Jahre zu halten. Bei Verstößen wird das Geld in der Regel rigoros zurückfordert. GA-Förderung bietet deshalb Betriebsräten Möglichkeiten, gegen Verlagerungs- oder Stillegungspläne ihrer Unternehmensleitung einzuschreiten.

Hinzu kommen nicht unbeträchtliche Mittel für Qualifizierung (berufliche Erstqualifizierung für Jugendliche, besonders im Migrationsbereich, Weiterbildung von Arbeitslosen und Beschäftigten) und für Innovationen in den Betrieben sowie zur Förderung des Technologietransfers zwischen Betrieben und Hochschulen.

Im Ergebnis geht es bei der Frage, welches Leitbild die Wirtschaftspolitik eines Landes verfolgt, auch um die wichtige Frage, welchen Einfluss die Politik dieses Landes auf soziale und berufliche Chancen bestimmter Milieus nimmt, welche Milieus sie unterstützt, welche weniger, ob zum Beispiel Menschen ohne Abitur oder mit Migrationshintergrund noch eine Chance haben sollen auf reguläre Jobs oder ob sie in Billigjobs abgeschoben werden.

Wer Industrie und Handwerk als „Dinosaurier“ einer angeblich „postindustriellen Gesellschaft“ einstuft, der leistet auch dem Abbau von Jobs in Industrie und Handwerk keinen Widerstand, betreibt ihn möglicherweise sogar und nimmt damit Menschen mit beruflicher Ausbildung, aber ohne Abitur, oft jede Hoffnung auf reguläre und einigermaßen bezahlte Jobs.

Erste Aktivitäten und Ergebnisse

Am 7. März stellten der DGB-Vorsitzende Dieter Scholz und der 1. Bevollmächtigte der Berliner IG Metall, Arno Hager, eine Studie vor, die ein Regionalplaner – früher mal für die Grünen im Abgeordnetenhaus – erstellt hatte. Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge daraus, weil sie auch Hinweise auf die Situation in anderen Metropolen enthält und damit für die Frage der allgemeinen Entwicklung von Metropolen, die in dieser Zeitschrift schon mehrfach behandelt wurde.

Das Ziel der Gewerkschaften dabei ist, eine Debatte anzuzetteln, die eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik – mit Folgen auch für die Haushaltspolitik, die Sozialpolitik, die Bildungs-

und Technologiepolitik – herbeiführen soll. Erste Reaktionen sind positiv. „Keine Zukunft ohne Industrie. DGB und IG Metall fordern eine Abkehr von der Illusion einer Dienstleistungsmetropole“, schlagzeigte etwa die „Berliner Morgenpost“ am 9.3. in einem wohlwollenden Bericht. Die „taz“ berichtete ebenfalls positiv, Überschrift: „Weniger MTV, mehr Werkhalle“. Auch das „Neue Deutschland“ und die Boulevardpresse berichteten freundlich. Wirtschaftssenator Wolf erklärte, auch er wolle mehr Industrie in Berlin. Nur von Bürgermeister Wowereit (SPD) kam Ablehnung: Industrie habe keine Zukunft, schaffe keine neuen Jobs. Die Zukunft gehöre Dienstleistungsjobs und wenigen ausgewählten High-Tech-Branchen wie der Filmwirtschaft, der Biotechnologie und vielleicht noch der Medizin.

Inzwischen sind erste Vereinbarungen mit der Politik erreicht: Betriebsräte sollen ab 2006 zusätzliche Unterstützung von der Senatsverwaltung für Wirtschaft bekommen, wenn es Qualifizierungsprobleme, Probleme in der Arbeitsorganisation und Innovations- und Finanzierungsprobleme in ihren Betrieben gibt. Ein „Industriedialog“ zwischen Politik, Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräten und der Wissenschaft soll gestartet werden, mit Veranstaltungen in Betrieben zur technologischen Entwicklung, aber auch mit Fachkonferenzen, zum Beispiel zur Verbesserung des Angebots für die Weiterbildung von Beschäftigten und zum Technologietransfer. Das Ziel ist, Stärken und Schwächen der bestehenden Betriebe besser auszuloten, ihre Wertschöpfung zu verbessern und so Beschäftigung im industriellen Bereich zu stabilisieren und möglichst auszubauen. Gleichzeitig will der Senat mit Brandenburg seine Bemühungen um die Ansiedlung neuer Industriebetriebe in der Region verstärken.

Unter der Überschrift „Praktiker aus den Betrieben melden sich zu Wort“ stellte der DGB am 11. Mai ein Memorandum vor, unterzeichnet von Betriebsräten aus 44 Betrieben, praktisch alle großen Unternehmen in Berlin. Auch dieses Memorandum ist hier dokumentiert. Der Wirtschaftssenator will diese Betriebsräte demnächst zu einer Beratung einladen, auf der über ihre Anliegen und über Möglichkeiten zur besseren Zusammenarbeit gesprochen werden soll.

Auch die Investitionsbank Berlin, die „Landesförderbank“ des Senats, und andere Stellen sollen in den „Industriedialog“ eingeschaltet werden. Ob das reicht, um den Abwärtstrend der Berliner Wirtschaft umzukehren und einen (Wieder-)Anstieg der Beschäftigung und damit einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen, wird die Zukunft zeigen.

„Das Wachstumsparadigma scheint nur noch in wirtschaftsstarken Regionen zu greifen“

Aus der Studie „Regionalwirtschaftlicher Vergleich Berlins mit ausgewählten Arbeitsmarktregionen“ von S. Goryanoff

Auseinanderdriftende Regionen

„Die Bruttowertschöpfung der Berliner Wirtschaft unterliegt preisbereinigt seit Anfang der 90er Jahre einem Rückgang“, heißt es gleich zu Beginn der Studie. „Waren für diese Entwicklung noch in der ersten Hälfte der 90er Jahre die Umbruch- und Abbauprozesse der ehemaligen DDR-Industrie und die Anpassung der subventionierten Wirtschaft Westberlins dafür wesentlich bestimend, so zeigt sich jetzt, dass die schrumpfende Wirtschaftsleistung Ergebnis der strukturellen Standortschwäche der Berliner Wirtschaft im nationalen Standortgefüge ist. Die Abstände zu den bedeutenden Wirtschaftsregionen der BRD im Westen wie Köln, Hamburg, Frankfurt, Stuttgart oder München sind kontinuierlich gewachsen. Die Schere zu den oben genannten Regionen hinsichtlich Wertschöpfung, BIP, Einkommen, Steuerkraft, Investitionsleistung und Arbeitslosenquote wird ständig größer.“

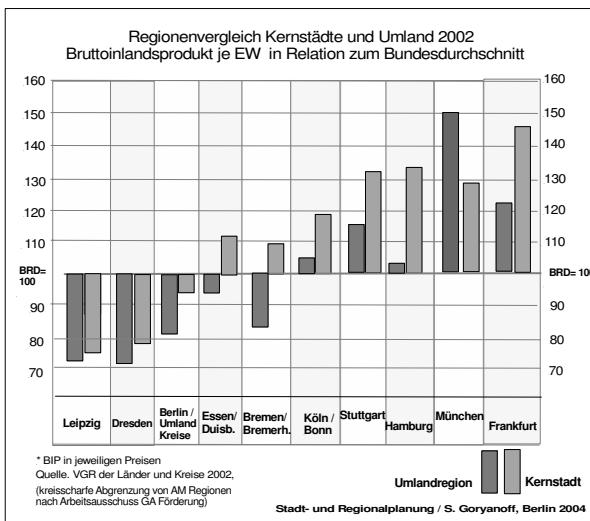
Die daran anschließende Grafik („Entwicklung des regionalen BIP/Einwohner 1994 -2002 in Relation zum Bundesdurchschnitt“) dokumentiert das eindringlich. Während München, Frankfurt, Hamburg oder Stuttgart ihre wirtschaftliche Leistung, gemessen als Bruttoinlandprodukt je Einwohner, weit über dem Bundesniveau halten konnten, zum Teil sogar ihren Vorsprung vor anderen Regionen weiter ausbauen, fiel Berlin von knapp über 100% auf weniger als 90% der wirtschaftlichen Leistungskraft im Bundesdurchschnitt zurück.

„Der Regionalvergleich hinsichtlich der Erwerbstätigentwicklung unterstreicht deutlich diese Tendenz. Wirtschaftsschwache Regionen verbleiben auch in Wachstumsphasen, die über dem Durchschnitt liegen, unterhalb der allgemeinen Zuwachsrate.“

Mit anderen Worten: Die regionalen Disparitäten wachsen. Reiche Regionen werden eher noch reicher, arme Regionen eher ärmer.

Die Zunahme der Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen sei, so Goryanoff, eine eher neue Entwicklung. Bis weit in die 80er Jahre hatte Politik den Anspruch, die Lebensverhältnisse der Menschen in verschie-

rül



denen Regionen schrittweise anzugehen, und sie konnte diesen Anspruch auch – mit Abstrichen – im realen Wirtschaftsgeschehen durchsetzen. Das sei heute nicht mehr so.

Ein Vergleich der Entwicklung der Erwerbstätigkeit unterstreicht die These von Goryanoff. Danach ist in Regionen wie Köln, München, Stuttgart, Frankfurt/Main in den letzten acht Jahren auch die Zahl der Erwerbstätigen stärker gestiegen als im Bundesdurchschnitt. Städte wie Essen, Hamburg, Dresden meldeten ebenfalls einen Anstieg der Erwerbstätigkeit, aber weniger als im Bundesdurchschnitt. Absolute Rückgänge der Erwerbstätigenzahl meldeten nur das ohnehin krisengeschüttelte Bremen, Leipzig und, weit an der Spitze aller Regionen, Berlin.

Auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bestätigt also die Anfangsthese weiter auseinanderdriftender Regionen, wobei die Einstufung „reich“ und „eher noch reicher werdend“ konkret nur für vier große deutsche Metropolen-Regionen gilt, nämlich für München und Umland, Frankfurt/Main und Umland, Stuttgart und Umland und Hamburg plus Umland. Alle anderen großstädtischen Regionen entwickeln sich entweder wie das Bundesgebiet, holen langsam zum Bundesdurchschnitt auf (Dresden, Leipzig) oder fallen, allen voran Berlin, weiter zurück.

„Die oben beschriebenen Vorgänge führen zu einer räumlichen Differenzierung im bundesdeutschen Standortgefüge städtischer Agglomerationsräume, in der Berlin auf der Verliererseite zu stehen scheint“, schreibt der Autor. „Im auch inländischen Wachstumswettbewerb verlieren die wirtschaftsschwachen Regionen zunehmend an Wertschöpfungs-, Investitions- und Steuerkraft. Es fehlt diesen Regionen an wachstumsstarken Kernen“ (sprich: Konzernen plus Zulieferern und dazugehörigen Dienstleistungsunternehmen, rül), „die mit hohem Kapitaleinsatz international auf den Märkten präsent sind und über diese Prozesse auch

innerregionale Synergien erzeugen können. Hin-sichtlich der bundesdeut-schen Standortentwick-lung der letzten 20 Jahre haben sich diese Konzen-trationsprozesse zuneh-mend auf die wirtschafts-starken Regionen konzen-triert.

... Das Neue an diesen Vorgängen ist die Regionalisierung dieses Prozes-ses mit der Folge des räumlichen Auseinander-driften von Wirtschafts-räumen nicht nur in Deutschland, sondern auch EU-weit.“

Berlin sei von der Ent-wicklung wirtschaftlich stärkerer Zen-tren, insbesondere im Bereich der soge-nannten „Industrie-Banane“ der alten EU (damit ist seit den 60er Jahren eine industrielle Kernzone gemeint, die sich vom Großraum London über die Bene-lux-Staaten, NRW, Baden-Württem-berg und Bayern, Nordfrankreich bis hinunter nach Norditalien zieht) an-scheinend regelrecht „abgekoppelt“, fürchtet der Autor.

Diese Abkopplung Berlins habe sich, so Goryanoff weiter, seit der Wende nicht verringert, wie vielfach erhofft, sondern eher noch verstärkt. „Während die räumlichen Disparitäten weiter wachsen, hat sich die standörtliche Ar-

beitsteilung der bundesdeutschen Wirt-schaft als polyzentrische Struktur räumlicher Schwerpunkte von wert-schöpfungsstarken Agglomerations-räumen verfestigt. Die Krise der alt-industriellen Standorte (Kohle, Stahl, Schiffsbau) hat zu einer weiteren Kon-zentration wirtschaftssterker Regionen im räumlichen Standortgefüge der Bundesrepublik geführt. Im Grunde waren die neuen Bundesländer und Ber-lin schon vor der Vereinigung 1991 ab-gekoppelt. Vom Standpunkt westdeut-scher Anbieter waren sie nur noch als Nachfragermarkt bedeutend und inter-essant. Berlin, das seine Industrialisie-rung dem Aufkommen der Eisenbahn verdankt, in Verbindung mit seiner ver-kehrlich günstigen Lage zwischen dem damalig landwirtschaftlich ergiebigen Osten und dem industrie- und rohstoff-reichen Westen, kann diese Position nicht mehr ausspielen. Sie ist im Tech-nikmuseum gelandet.“

Vielleicht ist diese Verfestigung regionaler Unterschiede in der deutschen Wirtschaftsentwicklung auch eine der tieferen Ursachen für die offensichtli-che, schon unter der früheren Kohl-Re-gierung erkennbare Wirkungslosigkeit bundesweiter Wirtschafts- und vor al-lem Konjunkturpolitik. Offenbar ist der Stellenwert regionaler und kommunaler Wirtschaftspolitik gestiegen. Die da-für zur Verfügung stehenden öffent-lichen Budgets aber wurden in der glei-chen Zeit weiter eingeschränkt. Die Fol-

Regionalvergleich Struktur der Bruttowertschöpfung* 2001 je EW						
* Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen (unbereinigt) ohne Landwirtschaft und Forsten						
Region	(12%)	(10%)	(18%)	(31%)	(28%)	BRD Schnitt
Region Leipzig	1.910	1.738	3.010	5.100	4.610	
Region Dresden	1.830	3.340	2.730	4.810	5.110	
Region Essen / Duisburg	1.750	3.620	3.940	6.090	4.630	
Region Berlin	1.480	2.400	3.350	7.250	6.460	
Region Bremen / Bremerh.	960	5.340	5.140	6.150	4.860	
Region Köln / Bonn	1.380	5.810	6.380	10.100	7.250	(23%)
Region Hamburg	1.560	5.180	8.450	11.830	5.850	(18%)
Region Stuttgart	2.120	11.390	4.950	10.370	4.610	(14%)
Region Frankfurt	1.780	6.110	9.680	17.210	4.940	(12%)
Region München	1.900	6.850	7.490	17.660	8.030	(19%)
BRD	1.610	5.240	4.250	6.970	5.380	

LEGENDE

Produzierendes Gewerbe	
1) verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau
Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Nachrichtenüberträger	
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistung	
Öffentliche und priv. Dienstleistung	5.000 € / EW

Regionen = kreischafe Abgrenzung von AM Regionen nach Arbeitsausschuss GA Förderung

1) Baugewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau

Quelle: VGR der Länder und Kreise 2004, Statistisches Landesamt Berlin

Stadt- und Regionalplanung / S. Goryanoff, Berlin 2004

ge dieser Fehlentwicklungen waren nicht nur teure Pleiten beim Aufbau Ost, sondern auch bis heute nicht gelöste Probleme früherer Werftstandorte wie Bremen oder der alten Montanregionen an Saar und Ruhr.

Berlin: „Krebsgang regionaler Depression“

„Die Berliner Wirtschaftsentwicklung zeigt die deutlichen Zeichen eines Krebsgangs regionaler wirtschaftlicher Depression“, heißt es im nächsten Abschnitt.

„Berlin scheint auch hier Vorrreiter eines wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses zu sein, in dessen Verlauf sich räumliche Schwerpunkte von regional unterschiedlichen Wachstums- bzw. Schrumpfungsprozesse im Standortgefuge Deutschlands ausbilden. Kennindikatoren für diese Vorgänge sind zunehmender Kosten- und Preisdruck auf den regionalen Arbeitsmärkten, fallende Immobilienpreise, hohe Kapitallast der öffentlichen und privaten Hände mit begleitend fallenden Investitionsquoten sowie Zunahme von Arbeitslosigkeit.“

Die von den Gewerkschaften thematisierte „Industrielücke“ Berlins wird dann an einer Grafik „Regionalvergleich der Struktur der Bruttowertschöpfung“, gemessen in Euro je Einwohner, eindrucksvoll dokumentiert. Danach hatte Berlin in 2001 eine Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe von gerade einmal 2.400 Euro je Einwohner. Das waren knapp über 40% der Wertschöpfung in diesem Bereich im bundesweiten Durchschnitt, weniger als halb so viel wie Hamburg, wenig mehr als ein Drittel von München und knapp ein Fünftel der Wertschöpfung in diesem Bereich im Raum Stuttgart. Auch die Wertschöpfung im (industrienahen) Bereich der Verkehrsleistungen und Logistik liegt weit hinter der anderer Regionen.

„Die wirtschaftsschwachen Agglomerationsräume bilden hier eine zunehmende Disproportionalität der einzelnen Sektoren zueinander aus, die zunächst als Anpassungsvorgänge definiert werden, tatsächlich aber Schrumpfungsprozesse auch in Hinblick auf überregionale und internationale Marktvorgänge darstellen. Ausdruck hiervon sind geringe Exportquote, hoher Anteil regionaler binnengewirtschaftlicher Kreisläufe sowie überproportionales Budgetdefizit der kommunalen Haushalte. Dies trifft für Berlin, die Regionen Dresden, Leipzig, Bremen – Bremerhaven sowie Essen / Duisburg zu.“

These: Wachstumsparadigma „regional wirkungslos“

Daran schließt sich eine kühne These: Der sogenannte „relative Preisvorteil“ armer Regionen bleibe „regional

wirkungslos“. Damit widerspricht der Autor einer der Grundannahmen der klassischen und neoklassischen (oder neoliberalen, so der heutige Modebegriff) Nationalökonomie. Diese ging und geht davon aus, dass wirtschaftlich zurückgebliebene Regionen mit billigen Preisen für Grundstücke, Arbeitskräfte usw. neues, zusätzliches Kapital anziehen und so ihren Wachstumsrückstand schrittweise wieder aufholen können. Die gesamte Wirtschaftspolitik der derzeitigen Bundesregierung und der schwarz-gelben Opposition, die Agenda 2010 wie die Politik des „Aufbau Ost“ fußt bis heute auf dieser These, und Vertreter dieser Theorie, allen voran der Chef des Münchner Ifo-Instituts Hans Werner Sinn, füllen bis heute ungerührt über alle in der Realität sichtbaren Entwicklungsprobleme weiter tonnenweise Bücher und Zeitschriften mit der These, weitere Lohnsenkungen und Verbilligungen des Kapitals,

also Steuersenkungen auf Kapitalerträge, würden mittelfristig dazu führen, dass die schon lange festgestellten Entwicklungsrückstände ganzer Regionen wie z.B. der neuen Bundesländer aufgeholt und bundesweit wirtschaftliche Stagnation durch Wachstum abgelöst werde.

Dieses „Wachstumsparadigma“, so der Autor, sei zumindest „regional wirkungslos“. Im Einzelnen führt er dann zur Begründung aus:

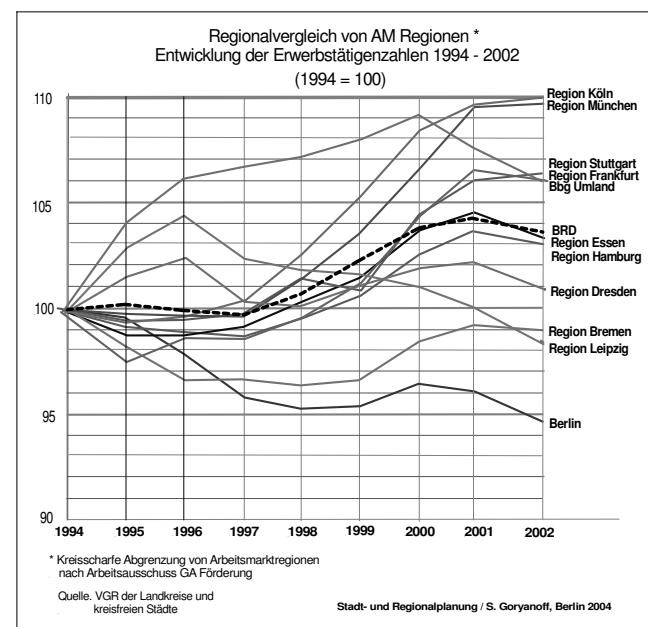
„Entgegen allen Prognosen der Mitte der 90er Jahre ist es für Berlin nicht zu massenhaften Investitionen und wirtschaftlichen Entwicklungsschüben gekommen. Trotz relativer Preisvorteile zu westdeutschen Agglomerationen, geringerer Kosten, sinkenden Grundstücks- und Immobilienpreise, breiter Verfügung von qualifiziertem Personal, dem Vorhandensein einer Vielzahl von wissenschaftlichen Institutionen mit einer nach wie vor intakten Verwaltung. Das Wachstumsparadigma scheint nur noch regional in den wirtschaftsstarken Regionen zu greifen. Die räumlichen Disparitäten wachsen. Berlin wird abgehängt.“ (Hervorhebung nicht im Original, rül)

„Von Gesundschärfen kann dabei keine Rede sein,“ heißt es weiter. Berlin befindet sich vielmehr seit Jahren im Grunde im Zustand einer regionalen Depression und Deflation: „Herunterfahren der gesamten Wertschöpfungsleistung bei sinkenden Preisen, Rückgang der regionalen Binnennachfrage

gekoppelt mit einer Desinvestitionsstrategie der öffentlichen Hände (= Rückgang der öffentlichen Investitionen, rül), die mit einer Investitionsschwäche auch der privaten Wirtschaftsträger einhergeht. Dem entspricht die Zunahme der Arbeitslosigkeit mit den Folgebelastungen für die öffentlichen Haushalte.“

„Dienstleistung nährt nicht Dienstleistung“

Auf den folgenden Seiten wird diese Entwicklung weiter analysiert. Dem Rückgang der Beschäftigung im produzierenden Gewerbe in Berlin (das ist das verarbeitende Gewerbe plus Bau), „von 160.000 Erwerbstätigen im Zeitraum von 1994 bis 2004“ stand „lediglich ein Zuwachs von rund 77.000 Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor gegenüber. Der Dienstleistungsbereich konnte demnach nicht, wie allgemein immer



wieder erwartet, den Rückgang im produzierenden Gewerbe kompensieren.“

Dass der Dienstleistungssektor aus sich heraus, also ohne wachsende Industrie, nicht wachsen kann, ist auch allgemein die Meinung des Autors. Die These vom Dienstleistungssektor als „großer Hoffnung des 20. Jahrhunderts“, in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts von Autoren wie dem Franzosen Jean Fourastier und anderen in zahlreichen Büchern propagiert und auch von den Gewerkschaften mit großen Hoffnungen auf eine daraus hoffentlich folgende weitere Vollbeschäftigung übernommen, wird von ihm grundsätzlich bestritten.

Die Analyse des Berliner Dienstleistungssektors zeigt zudem noch eine spezielle Entwicklung, die mit der Industrielücke der Stadt vermutlich ursächlich zusammenhängt. Die Bruttowertschöpfung je Beschäftigten im Dienstleistungsbereich steigt nämlich nicht, sie fällt. Im Hotel- und Gaststättenge-

werbe Berlins etwa sank die Bruttowertschöpfung je Erwerbstägigen von 1994 bis 2003 um 37,6 Prozent, im Handel, Einzelhandel und Kfz-Gewerbe um 8,8 Prozent und im Kredit- und Versicherungsgewerbe um 6,5%. Das deutet darauf hin, dass in diesen Bereichen parallel zum Niedergang der Industrie ein enormer Ersatz regulärer, qualifizierter Jobs durch Billigjobs stattgefunden hat.

„Dem entspricht die in den letzten Jahren zu beobachtende Tendenz von Unternehmen, insbesondere einfache Dienstleistungen (Reinigungs-, Wartungs- und Überwachungstätigkeiten) auszugliedern und sie in selbstständige Unternehmen als Anbieter auftreten zu lassen. Hinzu kommen die Privatisierungen bzw. Auslagerungen ehemals von der öffentlichen Hand intern erbrachter Leistungen von Reinigungs-, Service-, Versorgungs- und Pflegediensten. Diese vielfach arbeitsintensiven Tätigkeiten werden im Wettbewerb unter hohem Kosten- und Preissenkungsdruck angeboten, die nur unter der Bedingung entsprechend geringerer Lohnkosten mit einer Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung erbracht werden können. In der Bruttowertschöpfung schlägt sich dies statistisch als Sinken der Bruttowertschöpfungsleistung je Erwerbstägigen nieder. Die gleichen Prozesse sind im Bereich Hotel und Gaststätten sowie im Bereich Handel, Einzelhandel und Kfz-Gewerbe zu registrieren. So sank beispielsweise der Bruttowertschöpfungsleistung im Gastgewerbe (Hotel und Gaststätten) von 1994 bis 2003 um 37,5 % (Umsatz 1994 4,4 Mrd. Euro, 2003 3,4 Mrd. Euro). Gleichzeitig stieg aber die Erwerbstägenzahl in diesem Sektor um 28%. Die Wirkung lässt sich an der Struktur der Beschäftigungsverhältnisse ablesen.“

Der „Niedriglohn- und arbeitsintensive Sektor“ im Dienstleistungsbereich weitet sich aus, so der Autor weiter, der deshalb eine „Zukunft der Dienstleistungsstadt Berlin als Wäschemädelgesellschaft“ befürchtet.

„Die Folge ist: Die Ausweitung (von Dienstleistungsjobs, rül) bringt selbst nur noch geringe bzw. gar keine Wachstumsimpulse mehr. Ein minimales Wachstum von Beschäftigung wird dann nur noch um den Preis von weiteren Lohnsenkungen, mit zusätzlicher Weitung des Niedriglohnsektors und Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse möglich. In diesen Sog dürften dann aber auch Teile der mittleren und höheren Einkommensgruppen geraten, für die der Druck spürbar zunehmen wird.“

Sein Fazit: „Die sogenannte ‚Jobmaschine‘ Dienstleistung in Berlin ist ein Minimalprogramm mit deflationären Wirkungen, welches die Berliner Wirtschaftskraft weiter dahindämpfen lässt. Die Dienstleistung nährt nicht die Dienstleistung.“

Aus Platzgründen können hier nicht dokumentiert werden die folgenden Ausführungen über das Kreditgewerbe (Überschrift: „Von der Finanzhauptstadt zur Provinzialkasse“), über die Folgen des industriellen Niedergangs Berlins für den regionalen Binnenmarkt und die regionale Kaufkraft bis hin zum öffentlichen Sektor, der von „schwacher Steuerkraft und Schuldenlast“ geplagt wird.

Unausgesprochenes, aber durch die Zeilen unschwer zu erkennendes Fazit des Autors: Wenn es der Politik nicht gelingt, den industriellen Niedergang der Stadt aufzuhalten und diese Entwicklung umzukehren, werden auch die anderen Wirtschaftsbereiche die wirtschaftliche Stagnation, die Zunahme der Arbeitslosigkeit damit die weiter fortschreitende soziale Polarisierung in der Stadt nicht umkehren können. Im Ergebnis bliebe den Menschen – vor allem den jungen – bei nüchterner Betrachtung nur die Abwanderung aus der Stadt, eine Perspektive, die inzwischen auch in der Tagespresse zunehmend aufgeworfen wird.

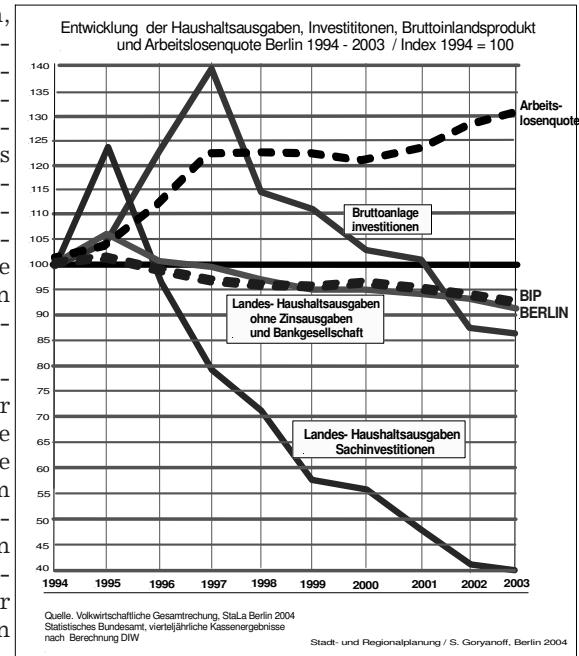
Ein solcher Prozess der Verödung und Vergreisung ganzer Regionen – die dann auch jede Neuansiedlung von Gewerbe in solchen Gebieten zu einem immer größeren Risiko für Investoren macht – ist in großen Teilen Mecklenburgs, Vorpommerns und Brandenburgs, aber auch im Süden der früheren DDR schon lange zu beobachten.

Wenn der Berliner Politik (und im Grunde auch dem Bund) keine Korrektur dieser wirtschaftlichen Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre gelingt, dürfte dieser Prozess der weitere Auszehrung und Vergreisung einer ganzen Region bald auch in Berlin zu beobachten sein.

rül
dernen und wachsenden Industrie, zu zukunftssicheren Arbeitsplätzen und einem Abbau von Arbeitslosigkeit in Berlin beiträgt.

Es war einer der schwersten Fehler der Berliner Politik und der Bundespolitik nach der Wende, den Zusammenbruch von Industriebetrieben in der Stadt als angeblich unvermeidlichen Strukturwandel hinzunehmen oder ihn als Ausweis von Fortschritt bei der Entwicklung Berlins zur „Dienstleistungsmetropole“ sogar noch zu begrüßen.

Wir kennen die technologische Entwicklung der Industrie aus nächster Nähe. Wir wissen, dass zukunftssichere Arbeitsplätze weder durch Rückkehr zu



unqualifizierter und schlecht bezahlter Arbeit noch durch Verteidigung von durch technologischen Wandel überholteten Produkten und Produktionsverfahren zu erreichen sind.

Wir erleben den Wegfall und die Auslagerung von einfachen, manuellen Fertigungen, aber auch die Auslagerung von Forschung und Entwicklung, von Verwaltungs- und anderen Arbeiten an Dienstleistungsunternehmen seit langem und bemühen uns, diese Prozesse in den Betrieben so sozial wie möglich zu gestalten.

Wir wissen, dass technischer Fortschritt und Steigerung der Produktivität unverzichtbar sind, damit sich die Industrie behaupten und weiter entwickeln kann, damit unsere Arbeitsplätze erhalten und ausgebaut werden. Die ständige Weiterqualifizierung unserer Kolleginnen und Kollegen ist deshalb seit Jahren unser Anliegen. Den technologischen Wandel zu komplexen, innovativen und hochwertigen Produkten und Produktionsverfahren in den Betrieben mit zu gestalten, ist unser Job.

Wir wehren uns dagegen, wenn der enorme Abbau von Industriearbeits-

Dokumentiert

Memorandum von Betriebsratsvorsitzenden

**„Berliner Industrie im Abseits?
Für eine aktive Industriepolitik –
Innovation statt Billiglohn!“**

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Memorandum fordern den Senat von Berlin und die Parteien auf, die Industrie und ihre Beschäftigten nicht länger ins politische Abseits zu stellen. Wir erwarten eine aktive Industriepolitik, die den seit Jahren anhaltenden Abbau von industriellen Arbeitsplätzen stoppt und zu einer mo-

plätzen seit 1990 von der Politik mit falschen Theorien wie der Behauptung einer „nachholenden Normalisierung“ und mit illusionären Hoffnungen auf eine Zukunft Berlins als „Dienstleistungsmetropole“ achselzuckend zur Kenntnis genommen und nichts dagegen getan wird. Das Verschwinden von mehr als drei Viertel aller Industriejobs in Berlin seit 1990 ist weder „normal“ noch „unvermeidlich“. Berlin hat sich in den letzten Jahren gegen den Zusammenbruch der Industrie nicht gewehrt – mit Ausnahme der betroffenen Belegschaften. Im Kern war dies die Kapitulation vor den sicher schwierigen Aufgaben einer Industriepolitik. Im Ergebnis hat Berlin heute pro 1.000 Einwohner nur etwa 30 Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe. Das ist weniger als halb so viel wie in Hamburg und ein Viertel der Industriedichte von Baden-Württemberg.

Die größte Stadt der Bundesrepublik hat heute weniger Industrie als selbst die ostdeutschen Flächenländer. Das Ergebnis ist eine seit Jahren steigende Massenarbeitslosigkeit, stagnierender Konsum, eine schrumpfende Steuerbasis und ein Rückgang von Beschäftigung und Umsätzen auch in anderen Sektoren. Das reale Bruttoinlandprodukt Berlins lag 2004 um 6,5 Prozent niedriger als 1995. In den letzten zehn Jahren verlor diese Stadt jedes Jahr durchschnittlich zehntausend Jobs.

Es ist an der Zeit, dass die Politik wieder einige grundlegende wirtschaftliche Tatsachen zur Kenntnis nimmt. Dazu gehört an erster Stelle: Eine moderne, wachsende Industrie ist grundlegend für Wohlstand und Wachstum, für Arbeitsplätze, Konsum, öffentliche Finanzen, für Dienstleistungen und für die soziale Sicherheit.

Der Vergleich mit erfolgreichen Metropolregionen wie Frankfurt/Main, Stuttgart, Köln/Bonn, München und Hamburg zeigt: ohne eine große, moderne und wachsende Industrie ist wirtschaftliches Wachstum und damit auch ein Abbau von Arbeitslosigkeit nicht zu erreichen. Die Hoffnungen, ein wachsender Dienstleistungsbereich und neue Firmen im High-Tech-Bereich würden den Abbau von Arbeitsplätzen im industriellen Bereich ausgleichen, haben sich nicht erfüllt. Eine leistungs- und zukunftsfähige Industrie ist Voraussetzung für einen hochentwickelten Dienstleistungssektor. Auch bei Innovationen gilt: Nur ein modernes und großes verarbeitendes Gewerbe vor Ort bietet die Chance, Ergebnisse der Wissenschaft in marktfähige Produkte umzusetzen und neue Beschäftigung am Standort zu schaffen.

Es ist höchste Zeit, dass die Verantwortlichen in der Berliner Politik das verarbeitende Gewerbe, die Industrie in dieser Stadt wieder als Gegenstand und Aufgabe von Politik begreifen. Wenn die

Politik ihrer Aufgabe nachkommen will, das Leben für die Menschen in Berlin lebenswerter zu machen, dann gehört ein Politikwechsel im Umgang mit Industrie und industrieller Beschäftigung dazu.

Worin kann und sollte ein solcher Politikwechsel bestehen?

- In Berlin fehlen mindestens 300.000, vermutlich sogar 400.000 Arbeitsplätze. Dieser enorme Fehlbestand an Arbeitsplätzen kann nur geschlossen werden, wenn die Industrie, wenn das verarbeitende Gewerbe wieder wächst. *Industrielles Wachstum und dadurch mehr Jobs zu schaffen muss Chefsache in der Berliner Politik werden.*
- Die Industrielücke Berlins zu schließen, den Rückstand an industrieller Beschäftigung gegenüber anderen Regionen aufzuholen, kann nicht dem Markt überlassen bleiben. In Berlin muss gezielte politische Förderung hinzu kommen, damit die Industrielücke durch wachsenden Bestand und neue Ansiedlungen geschlossen wird. Naives Vertrauen auf die Selbstregulierung des Marktes führt nur zu weiterer Untätigkeit und in die Sackgasse. Damit die Politik diesen Aufholprozess unterstützen kann, benötigt sie finanzielle Mittel. *Wir unterstützen deshalb die Forderung des Senats nach Übernahme von Berliner Schulden durch den Bund.* Der Bund trägt durch den abrupten Abbruch der Berlin-Förderung Anfang der 90er Jahre erhebliche Mitverantwortung für den Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen. Dieser Verlust belastet die Stadt bis heute.
- Nicht nur der Bund ist gefordert. Auch die Berliner Politik muss ihren Beitrag leisten, damit diese Stadt wieder ein wachsender Wirtschaftsstandort wird. Berlin hat mit Brandenburg das Potenzial zu einem zweiten großen Wachstumskern im Aufbau Ost. Wir unterstützen deshalb eine enge Zusammenarbeit der beiden Bundesländer. Nur gemeinsam können Berlin und Brandenburg sich im Wettbewerb mit anderen Regionen behaupten. *Wir wollen eine Länderfusion.*
- Berlin hat nicht nur eine Industrielücke. Berlin hat auch hochmoderne Industrie. Die bestehende Industrie in Berlin weiter zu entwickeln, ihre Innovations- und Qualifizierungsanstrengungen durch effiziente Angebote zu unterstützen, regionale Wertschöpfungsketten auszubauen und weitere Zuliefer- und Servicebetriebe am Standort zu halten oder nach Berlin zu holen, sind Aufgaben einer vorausschauenden Industriepolitik. Damit diese Politik erfolgreich ist, ist eine Zusammenarbeit von Politik und Gewerkschaften, von Unternehmen und Beschäftigten unerlässlich. Eine Politik der Lohnsenkung und der Zerstörung von Tarifverträgen schafft nur Konfrontation, aber kein Wachstum. Berlin braucht Innovation, nicht Billiglohn. Berlin braucht einen besseren Transfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, mehr industrielle Cluster, eine energische und erfolgreiche Anwerbung neuer Unternehmen. Berlin hat viele junge Menschen, aber viele gehen auch aus Berlin weg – weil sie keine Ausbildung finden oder nach der Ausbildung keinen Job. Das zeigt: *Die Rückkehr zu industriellem Wachstum ist entscheidend. Ein Industriedialog Berlin, eine Zusammenarbeit aller Beteiligten, um die Berliner Industrie zu stärken und weiter zu entwickeln, kann dabei helfen. Wir sind dazu bereit.*
- *Moderne Industrie braucht auch moderne Infrastruktur.* Hier ist in den letzten Jahren viel geschehen, aber es bleibt noch viel zu tun. Der Flughafen BBI muss so rasch wie möglich fertig gestellt werden. Eine Metropole wie Berlin braucht einen großen, modernen internationalen Flughafen. Das sichert bestehende und schafft auch neue Arbeitsplätze, wie schon jetzt in Schönefeld zu sehen ist. Auch die Schienen- und Straßenverbindungen Berlins an die Ostsee und nach Süden und die Verbindungen in die neuen EU-Mitgliedsstaaten im Osten müssen weiter verbessert, vor allem beschleunigt werden. Wir unterstützen die diesbezüglichen Forderungen der „Wachstumsinitiative“ von Senat und Unternehmerverbänden.
- *Der Berliner Senat darf seine Investitionsausgaben nicht weiter zurückführen.* Öffentliche Verschuldung für eine Kommune hat Grenzen, aber die übertriebene Sparpolitik des Senats verstärkt die wirtschaftliche Spirale Berlins nach unten. Insbesondere im Bau und baunahen Handwerk sind durch die überzogene Kürzung öffentlicher Investitionen viele Arbeitsplätze weggefallen. Die durch die geplante Entschuldung hoffentlich eintretende Entlastung des Landeshaushalts muss deshalb mindestens teilweise genutzt werden, um die Investitionsausgaben Berlins, vor allem im Verkehrsbereich, wieder zu erhöhen. Entscheidend aber ist: Damit Berlin wieder wächst, braucht es einen Mentalitäts- und Politikwechsel in dieser Stadt. Die Hoffnungen auf die Lösung aller Probleme durch die Entwicklung zur „Dienstleistungsmetropole“, durch den Regierungsumzug und eine Entwicklung Berlins zur „Stadt des Wissens“ sind ausgeträumt. Noch immer gilt: Die Industrie ist kein „Dinosaurier“, sondern der Motor für wirtschaftliches Wachstum. Industrie ist nicht alles. Aber ohne Industrie ist alles nichts. (*Unterzeichnet von den Betriebsratsvorsitzenden von 44 der größten Berliner Industriebetriebe*)

3.–5. Juni. Weimar. 9. Bildungspolitische Konferenz der PDS: Alle fördern – keinen zurücklassen! Für eine sozial gerechte, demokratische Bildungsreform jetzt! Mit Beratung des Entwurfs für Bildungspolitische Leitlinien. Näheres und Anmeldung: www.sozialisten.de

3.–5. Juni. Hamburg. Kongress „*McPlanet.com – Konsum. Globalisierung. Umwelt*“, an der Uni Hamburg, Kongresssprachen: Deutsch und Englisch zum Teil in Simultanübersetzung, Attac, BUND, Greenpeace in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. www.mcplanet.com

17./18. Juni. Strategiekonferenz der PDS. Sozialismus im 21. Jahrhundert, Strategie des Wandels – Wandel der Strategien

21. bis 24. Juli. Erfurt. Bundesweites Sozialforum. In zahlreichen Workshops sollen Lösungen gefunden werden unter anderem zu den Themenschwerpunkten „Arbeit und Menschenwürde“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ oder „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. 36 Organisationen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, teilte der DGB Thüringen als einer der Veranstalter mit.

28. Juli bis 6. August. *Aktions-Radtour (Tour 1)* „Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!“ – 60 Jahre Hiroshima. Route: Amberg – Regensburg – Ingolstadt – Augsburg – Ulm – Engstingen – Tübingen – Stuttgart – Ramstein – Büchel, (9 Tagesetappen mit Streckenlängen zwischen 50 und 80 km), Veranstalter: DFG/VK. www.dfg-vk.de

5. und 6. August. Weltweit. 60. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Zahlreiche örtliche Gedenkaktionen der Friedensbewegung sind geplant. Eine Übersicht über die Termine bietet: www.friedenskooperative.de.

11. bis 14. August. Sondershausen. Linke Sommerschule.

3. Oktober. Bonn. Ord. Gewerkschaftstag IG Bauen-Agrar-Umwelt.

9. Oktober. Hannover. Ord. Gewerkschaftstag IG Bergbau, Chemie, Energie.

28./29. Oktober. Rüsselsheim. 10. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS

14. November. Karlsruhe. SPD-Bundesparteitag (Vorstandswahlen)

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2005	Sept.	alle Länder, vorgez.	Bundestag	18.9.	4 Jahre
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemb.	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	alle Länder, regulär	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de

TAMM-TAMM

Eine Anregung zur öffentlichen Diskussion über das Tamm-Museum

Friedrich Möwe



Tamm-Museum: Wallfahrtsort für Nazis?

Peter Tamm (76), bis 1991 Vorstandschef des Axel Springer-Verlags, betreibt seit Jahren ein privates Museum an der Elbchaussee, das *Die Zeit* zurecht als „marinegeschichtlich-militaristisch“ bezeichnet hat. Ausgestellt sind neben Seekriegsgemälden, Kriegsschiffs- und U-Boot-Modellen aus der Nazi-Zeit auch Gala-Uniformen des Flottenstabs der Kriegsmarine des III. Reiches und die mit Hakenkreuzen verzierten Admiralstäbe von Hitlers Großadmiralen Raeder und Dönitz, die nach 1945 als Kriegsverbrecher verurteilt worden sind. Nirgends findet sich eine Distanzierung vom Nazi-Regime, nirgends ein Hinweis auf die Opfer. Dieses Militärmuseum soll in die HafenCity verlagert werden. Hierfür bietet der Hamburger Senat Herrn Tamm 99 Jahre Mietfreiheit im Kai-Speicher B und zusätzlich 30 Mio. Euro für die Errichtung des Museums. Im öffentlichen Raum der HafenCity würde dieses Seekriegsmuseum zum Wallfahrtsort für Militaristen und Neonazis. Das muss verhindert werden!

TAMM-TAMM
Eine Anregung zur öffentlichen Diskussion über das Tamm-Museum
Herausgegeben vom Informationskreis Rüstungsgeschäfte in Hamburg
Recherche/Text: Friedrich Möwe

83 Seiten,
Preis: 5 Euro
ISBN 3-938372-03-6

Bestelladresse:
GNN-Verlag,
Neuer Kamp 25,
20359 Hamburg
t (0 40) 43 18 88 20
f (0 40) 43 18 88 21
eMail: gnn-hsh@hansenet.de